



Protokoll der 16. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. Januar 2010, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Peter Küng, Hanspeter Stoll

Traktanden	Laufnummer
1. Dringliche Motion von Franz Kaufmann der SP-Fraktion betreffend Bereitstellung eines zusätzlichen Kredites von CHF 15'000.-- für die Jubiläumsfeier „550 Jahre Uni Basel“ <i>://: Überweisung von Motion an Stadtrat mit gleichzeitiger Abschreibung.</i>	2010/94
2. Ersatzwahlen Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Geschäftsprüfungskommission (GPK) <i>://: Wahl von Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) als Ersatzmitglied der BPK und von Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) als Mitglied der GPK.</i>	2010/87
3. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission betreffend Finanzgeschäften im Zusammenhang mit dem Projekt MANOR <i>://: Genehmigung der Anträge des Stadtrates und der BPK.</i>	2009/76a-d 2009/76e
4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission bezüglich dem Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend sicheren Veloverbindungen zu Schule und Sport <i>://: Genehmigung der Anträge des Stadtrates, der Anträge der BPK sowie Genehmigung von Zusatzantrag der Postulantin.</i>	2007/148 2007/148a 2007/148b
5. Berichte des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission betreffend Wasserversorgung, Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2 <i>://: Den Anträgen des Stadtrates und der BPK wird grossmehrheitlich zugestimmt.</i> <i>://: Dem Antrag, die gefällten ER-Beschlüsse der obligatorischen Volksabstimmung zu unterstellen (Behördenreferendum) wird mit mehr als einem Drittel der anwesenden ER-Mitglieder zugestimmt.</i>	2008/206 2008/206a 2008/206b 2008/206c
6. Parkplatzerweiterung auf dem Konrad Peter Areal; Projekt- und Kreditgenehmigung <i>://: Genehmigung der Anträge des Stadtrates.</i>	2010/86
7. Motion von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Markus Meyer der SVP-Fraktion betreffend Aufwand-Bremse <i>://: Der von einer Motion in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird an den Stadtrat überwiesen.</i>	2009/83

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| 8. | Postulat von Erika Eichenberger und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend einer Planung von Steuersenkungen
<i>://: Überweisung von Postulat an Stadtrat.</i> | 2010/88 |
| 9. | Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP-Fraktion) betreffend Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Karsenenstrasse (als Notlösung während der Bauzeit)
<i>://: vertagt</i> | 2008/26
2008/26a |
| 10. | Bericht Stadtrat zur Motion von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse
<i>://: vertagt</i> | 2009/57
2009/57a |
| 11. | Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Verfall der ehemaligen Gestadeckmühle (Ergolzhof)
<i>://: vertagt</i> | 2009/79 |
| 12. | Postulat von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend Oeko Taxi in Liestal
<i>://: vertagt</i> | 2009/80 |
| 13. | Postulat von Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend SBB Tageskarten Gemeinde
<i>://: vertagt</i> | 2009/84 |
| 14. | Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend einer ökologisch effizienten Strassenbeleuchtung
<i>://: vertagt</i> | 2009/85 |
| 15. | Fragestunde
<i>Beantwortung von 18 Fragen.</i> | - |

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) begrüsst die Einwohnerratsmitglieder und Gäste zur ersten ordentlichen Einwohnerratssitzung im neuen Jahr und heisst diese willkommen.

Speziell werden die neuen Ratsmitglieder Pia Steinger (CVP/EVP/GLP-Fraktion) sowie John Brunner (SVP-Fraktion) zu ihrer ersten Einwohnerratssitzung begrüsst und diese vom Ratspräsidenten kurz vorgestellt. Ihnen wird viel Befriedigung im neuen Amt gewünscht.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 16.12.2009

Das Ratsbüro hat das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vom 16. Dezember 2009 an seiner Sitzung vom 21.01.2010 ohne Änderung genehmigt.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entschiede der letzten Bürositzung vom 21.01.2010:

- Die Stellungnahme von Regierungsrat Urs Wüthrich vom 22.12.2009 zur einwohnerrätlichen Resolution „Verbleib der pädagogischen Fachhochschule in Liestal“ (Nr. 2009/65) ist den Einwohnerratsmitgliedern mit E-Mail vom 23.12.2009 zur Kenntnis gebracht worden. Das Schreiben der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ist vom Ratspräsidenten persönlich verdankt worden.
- Am 12. Januar 2010 hatte ein Gespräch des Stadtrates mit dem Einwohnerratspräsidenten, dem Einwohnerratsvizepräsidenten sowie den Fraktionspräsidenten stattgefunden, zu welchem der Stadtrat nach der letzten ER-Sitzung vom 16.12.2009 eingeladen hatte. Es wurden die Themen „Planungsprozesse Entwicklungsplan/Voranschlag“ sowie die „Motion Aufwand-Bremse“ besprochen. Die Einwohnerratsmitglieder sind von den Fraktionspräsidenten sicher detailliert informiert worden.
- Anstelle von Margrit Siegrist ist das neue Einwohnerratsmitglied John Brunner (SVP) in die GoR-Spezialkommission gewählt worden. Anstelle von Margrit Siegrist wird John Brunner (SVP) von seiner Fraktion in die Arbeitsgruppe „Migrantenforum“ delegiert. Nach den Wahlen der heutigen Sitzung wird vom Ratsschreiber den Einwohnerratsmitgliedern ein aktualisiertes Adressverzeichnis und Kommissionsverzeichnis zur Kenntnis gebracht.
- Das Büro unterstützt den Vorschlag einiger Ratsmitglieder, dass das Weihnachtsessen neu nicht mehr im Anschluss an die Budget-Sitzung im Dezember stattfindet. Neu soll ein „Jahresessen“ im Anschluss an die Januar-Einwohnerratssitzung stattfinden. Die Fraktionsmeinungen werden noch eingeholt und der definitive Entscheid an der nächsten Bürositzung gefällt.
- Vom Büro ist das weitere Vorgehen und der Terminplan betreffend der Teilrevision des ER-Geschäftsreglementes festgelegt worden. Die Änderungsvorschläge sind von den Einwohnerratsmitgliedern beim Büromitglied ihrer Fraktion einzuspeisen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass Einwohnerrat Hans Brodbeck (FDP) per 31. März 2010 als Einwohnerrat demissioniert. Das Rücktrittsschreiben vom 18.01.2010 wird verlesen. Seine Nachfolge ist noch offen.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Vorlage Nr. 2010/87 betreffend Ersatzwahlen in BPK und GPK
- Flyer „Weltküche in Liestal“ betreffend Anlass vom 06. Februar 2010
- 8 neue Vorstösse der Lauf-Nummern 2010/88 – 2010/96

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass am heutigen Nachmittag die Feuerwehr wegen einem Chemieunfall im Oristal mit allen Einsatzkräften ausrücken musste, nachdem in einem Betrieb rund 800 Liter Lösungsmittel in die Kanalisation ausgelaufen waren.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, dass anfangs Dezember 2009 auf Vorschlag der KMU und der Verwaltung im Stedtli provisorische und befristete Parkplätze für den Weihnachtsverkauf geschaffen wurden. Diese orange-markierten Parkplätze werden mehrheitlich bis am 01. April 2010 belassen. Zusätzlich wurden auch 6 Parkplätze an der Meyer Wiggli-Strasse geschaffen.

Stimmzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|------------------|--------------------|
| - Raissa Bonjour | 1: Seite FDP |
| - Philipp Senn | 2: Mitte |
| - Sabine Sutter | 3: Seite SP, Grüne |
| - Markus Meyer | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat „Steuersenkung planen“ der Grünen Fraktion (Nr. 2010/88)
- Postulat „Altstadtliegenschaften-Sanierungen“ von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion (Nr. 2010/89)
- Interpellation „Füürwagen-Jahreslagerplatz“ von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion (Nr. 2010/90)
- Postulat „Bewilligungspflicht-Abschaffung für Velounterstände“ von John Brunner namens der SVP-Fraktion (Nr. 2010/91)
- Postulat „Verkehrsberuhigungsmassnahmen Liestal Ost“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2010/92)
- Interpellation „Quartier am hinteren See“ von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion (Nr. 2010/93)
- Dringliche Motion „Jubiläum 550 Jahre Uni Basel“ von Franz Kaufmann der SP-Fraktion (Nr. 2010/94)
- Interpellation „Abgeltungen an Bürgergemeinde“ von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion (Nr. 2010/95)
- Interpellation „Standortförderung“ von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion (Nr. 2010/96)

Über die Dringlichkeit der Motion „Jubiläum 550 Jahre Juni Basel“ (Nr. 2010/94) wird bei der Bereinigung der Traktandenliste abgestimmt.

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) macht darauf aufmerksam, dass im Einladungsschreiben bzw. der Traktandenliste beim ersten Geschäft betreffend den Ersatzwahlen die Lauf-Nr. 2010/86 auf neu Nr. 2010/87 zu korrigieren ist. Die richtige Lauf-Nummer wird in den Protokollen festgehalten.

- **Dringliche Motion „Jubiläumsfeier 550 Jahre Uni Basel“ (Nr. 2010/94)**

Die Einwohnerratsmitglieder werden vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, dass es für eine sofortige Behandlung der als dringlich eingereichten Motion „Jubiläumsfeier 550 Jahre Uni Basel“ (Nr. 2010/94) von Franz Kaufmann der SP-Fraktion einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Einwohnerratsmitglieder bedarf.

Franz Kaufmann (SP) begründet die Dringlichkeit seines Vorstosses damit, dass sich der Einwohnerrat erst wieder am 17. März 2010 treffen wird. Dieser Termin wäre für den beantragten Kredit für das Uni-Fest vom 17./18. April 2010 zu spät, weshalb über seinen Antrag noch an der heutigen Sitzung abgestimmt werden sollte.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass betreffend der Dringlichkeit der Motion Nr. 2010/94 keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Dringlichkeit der Motion Nr. 2010/94 erklärt.

- **Motion „Aufwand-Bremse“ (Nr. 2009/83)**
- **Postulat „Steuersenkungen planen“ (Nr. 2010/88)**

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass ein Antrag der FDP-Fraktion vorliege, mit welcher die Behandlung der Motion „Aufwand-Bremse“ (Nr. 2009/83) an der heutigen Sitzung verlangt wird.

Franz Kaufmann (SP) nimmt Bezug auf § 41 Abs. 3 des ER-Geschäftsreglementes und meint, dass dieser Vorstoss nicht rechtmässig ist, da dieser sehr stark anhängig zur „Motion Fluri“ (Nr. 02/118) ist. Die Motion Fluri ist noch nicht abgeschrieben und deshalb stellt er Antrag, dass das Büro die neue Motion „Aufwand-Bremse“ von der Traktandenliste absetzt und diesbezüglich weitere Fragen abgeklärt werden.

Daniel Spinnler (FDP) legt dar, dass er bezüglich der Zulässigkeit der Motion „Aufwand-Bremse“ bei Herrn Schwörer der Stabsstelle Gemeinden und Herrn Bertschi der Abteilung Gemeinderechnungswesen Abklärungen getroffen hat. Gemäss Auskunft des Kantons besteht formell und auch materiell kein Grund dazu, die neue Motion als unzulässig zu bezeichnen. Materiell ist bei der „Motion Fluri“ von einem ausgeglichenen Budget die Rede, hingegen wird beim neuen Vorstoss „Aufwand-Bremse“ eine Aufwand-Begrenzung verlangt. Trotz einer Aufwand-Begrenzung ist es dennoch möglich, dass ein ausgeglichenes Budget ausgewiesen würde. Sollte die Unzulässigkeit betreffend der Motion „Aufwand-Bremse“ beschlossen werden, würde das schlussendlich heissen, dass zum Finanzhaushalt überhaupt keine Vorstösse mehr eingereicht werden dürften, da diese auch von der „Motion Fluri“ abhängig wären.

Franz Kaufmann (SP) kann die Aussagen akzeptieren. Er findet es aber fahrlässig, wenn mit dem Missbrauch der politischen Rechte der Stadtrat theoretisch handlungsunfähig gemacht werden könnte, indem beispielsweise noch weitere Motionen eingereicht würden.

://: Mit grossem Mehr wird beschlossen, dass die Motion „Aufwand-Bremse“ (Nr. 2009/83) auf der Traktandenliste belassen wird.

Daniel Spinnler (FDP) begründet den Antrag der FDP-Fraktion betreffend die Behandlung der Motion „Aufwand-Bremse“ an der heutigen Sitzung damit, dass die Überweisung der Motion eine langfristige Planung auslösen würde. So könnte diese vom Stadtrat noch frühzeitig im Zusammenhang mit dem neuen Entwicklungsplan in Angriff genommen werden. Für die nächste ER-Sitzung vom 17.03.2010 muss sich zudem einer der Motionäre entschuldigen lassen.

Erika Eichenberger (GL) hält fest, dass das von ihrer Fraktion eingereichte Postulat „Steuersenkung planen“ (Nr. 2010/88) ein Gegenvorschlag zur Motion „Aufwand-Bremse“ ist. Die beiden Vorstösse sollten deshalb auch gemeinsam an derselben Sitzung behandelt werden.

://: Einstimmig wird beschlossen, dass die Motion „Aufwand-Bremse“ (Nr. 2009/83) und das Postulat „Steuersenkung planen“ (Nr. 2010/88) gemeinsam beziehungsweise an derselben Sitzung behandelt werden.

://: Grossmehrheitlich wird beschlossen, dass die Motion „Aufwand-Bremse“ (Nr. 2009/83) und das Postulat „Steuersenkung planen“ (Nr. 2010/88) an der heutigen Einwohnerratssitzung behandelt werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass beide Vorlagen an heutigen Sitzung um ca. 19.45 Uhr behandelt werden.

129 0.01.011.01 Einwohnerrat

**1. Dringliche Motion von Franz Kaufmann betreffend Jubiläumsjahr
„550 Jahre Jahre Uni Basel“ (Nr. 2010/94)**

Die dringliche Motion Nr. 2010/94 hat folgenden Wortlaut:

Jubiläumsjahr „550 Jahre Uni Basel“

Wie in der Presse schon mehrfach publiziert, findet am 17. und 18. April 2010 in Liestal der Auftakt zum Jubiläumsjahr „550 Jahre Uni Basel“ statt. Unter dem Motto „Wissen bewegt“ werden auf rund 2'000 m2 Ausstellungsfläche alle Fakultäten ihr Wissen vorstellen.

Man erwartet 5 bis 10 Tausend Besucherinnen und Besucher und es ist für Liestal nicht nur eine ausserordentliche Ehre, die Gäste aus Basel begrüssen zu dürfen, sondern auch eine einmalige Gelegenheit, sich selbst d.h. unsere charmante Altstadt und das vielfältige Gewerbe präsentieren zu können.

Aus Platzgründen musste die Ausstellung auf den oberen Gestadeckplatz verlegt werden (vorgesehen war der Markt des Wissens in der Altstadt). Es braucht nun besondere Anstrengungen, um das Städtli und sein Gewerbe in ein gutes Licht zu rücken. Einerseits sollen thematische Stadtführungen die besonderen Sehenswürdigkeiten Liestals vermitteln und andererseits soll das spezifische, alltägliche Wissen, welches in der Bevölkerung und im Gewerbe vorhanden ist, vermittelt werden. Unter dem Titel „Aha“ sollen in allen (bzw. in möglichst vielen) Schaufenstern Liestals einheitlich gestaltete Informationstafeln jeweils ein ganz spezielles Wissen vermitteln. (z.B. wussten Sie, dass der Wirkstoff in den Kopfwehtabletten ursprünglich aus Weiden stammt, oder wussten Sie, wie der Alkohol in den Wein gelangt? Woher kommt die Redewendung „Abwarten und Tee trinken“?) „Aha“ beginnt schon in der Woche vor dem Unifest und lehnt sich an dessen Erscheinungsbild an. Das Konzept wurde von Rieder PR, Liestal ausgearbeitet und hat bei den KMU bereits ein gutes Echo gefunden. Die Gestaltung und Produktion einer solchen Tafel kostet Fr. 300.-. Wir rechnen mit mindestens 30 Teilnehmenden. Rechnet man die flankierenden Massnahmen (Fr. 6'000.- für Banner, Plakate etc.) dazu, entstehen Kosten von Fr. 15'000.-.

Der Stadtrat hat bereits einen Beitrag zum Uni-Anlass in der Höhe von Fr. 30'000.- gesprochen. Dies allerdings in Form von Dienstleistungen (Verkehrsregelung, Infrastruktur etc.)

Ich meine, es wäre jetzt eine Gelegenheit, dem Gewerbe bei seinen Bestrebungen für Liestal unter die Arme zu greifen und zum Mitwirken zu animieren.

Deshalb wird der Stadtrat beauftragt, einen einmaligen Kredit in der Höhe von Fr. 15'000.- bereitzustellen; zweckgebunden für einen einheitlichen Auftritt am Unifest.

Ich bitte den Einwohnerrat

- 1. die Motion für dringlich zu erklären, weil eine Überweisung in der März-Sitzung zu spät wäre*
und
- 2. die Motion gleichzeitig zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.*

*Franz Kaufmann
SP-Fraktion*

25. Januar 2010

Franz Kaufmann (SP) informiert als Motionär darüber, dass er selbst und auch Einwohnerrat Martin Spiess im Organisationskomitee für die Uni-Jubiläumsfeier tätig sind. Mit den Infotafeln unter dem Titel „Aha“ soll auch das Stedtli und sein Gewerbe vermehrt mit einbezogen werden. Den Ratsmitgliedern ist eine Visualisierung der Infotafeln vorgängig der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden. Der beantragte Kredit von CHF 15'000.— ist für die Anschaffung der Tafeln gedacht, die in den Schaufenstern ausgestellt werden und ein spezielles Wissen über Produkte der jeweiligen Geschäfte vermitteln sollen. Liestal soll diese einmalige Chance nutzen und sich auch mit einem einheitlichen Auftritt den bis zu erwarteten 10'000 Besuchern im Stedtli präsentieren. Es ist ihm ein Anliegen, dass auch das Parlament zu Gunsten der Öffentlichkeit seine Aufgabe wahrnimmt und den beantragten Kredit bewilligt, indem die Motion an den Stadtrat überwiesen und sein Vorstoss auch gleich wieder abgeschrieben wird.

Martin Spiess (FDP) informiert über den „Markt des Wissens“, welcher in der Rathausstrasse und auch im Fischmarkt, verbunden mit einem Sonntagsverkauf, hätte stattfinden sollen. Dieser Markt musste aber auf den Gestadeckplatz mit einer grösseren Fläche ausgelagert werden. Und trotzdem sollen die Besucher mit Stedtliführungen sowie weiteren Aktionen in die Kernzone gelockt und diesen ein lebendiges Stedtli präsentiert werden. Die Aktion „Aha“ ist eine gute Idee und Attraktion für Liestal.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass sich vom Stadtrat niemand zur Motion äussern möchte.

Michael Bischof (FDP) fügt an, auch er finde die Idee des Motionärs unterstützungswürdig. Die Kosten von 300 Franken pro Tafel werden als hoch beurteilt und so deshalb macht er den Vorschlag, dass vom Motionär der beantragte Kredit mit einem Kostendach von CHF 15'000.— plafoniert wird.

Franz Kaufmann (SP) kann sich als Motionär damit einverstanden erklären, dass sein Vorstoss geändert wird: Der Stadtrat soll damit beauftragt werden, einen einmaligen Kredit mit Kostendach von CHF 15'000.— zweckgebunden für einen einheitlichen Auftritt am Uni-Fest, bereitzustellen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt die Idee des Motionärs und findet es wichtig, dass auch die Bevölkerung frühzeitig betreffend dem bevorstehenden Anlass sensibilisiert und informiert wird.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Motionärs für die Überweisung der Motion Nr. 2010/94 an den Stadtrat mit gleichzeitigen Abschreibung sowie Änderung betreffend dem Kredit-Kostendach von CHF 15'000.— wird einstimmig zugestimmt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, dass die Uni Basel als Veranstalterin für den Jubiläumsanlass verantwortlich zeichnet und Liestal nur Austragungsort ist. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass sich ein gastliches Liestal präsentieren kann. Ursprünglich sollte der Anlass in der Rathausstrasse stattfinden, doch musste dieser aus Platzgründen auf den Gestadeckplatz und in die Militärturnhallen verschoben werden. Auch die Werbung ist Sache der Uni Basel.

130 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen Bau- und Planungskommission sowie Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2010/87)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass die Vorlage Nr. 2010/87 den Einwohnerratsmitgliedern an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde. Nach erfolgter Umfrage kann er als Ratspräsident feststellen, dass aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung wünscht und über die beiden Wahlvorschläge offen abgestimmt werden kann. Ebenfalls kann er feststellen, dass zur Vorlage und den Wahlvorschlägen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der CVP/EVP/GLP-Fraktion wird Vreni Wunderlin anstelle von Claudia Gloor als Ersatzmitglied in die Bau- und Planungskommission (BPK) und Pia Steinger wird anstelle von Claudia Gloor als ordentliches Mitglied in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt.

131 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission betreffend Finanzgeschäften im Zusammenhang mit dem Projekt MANOR (Nr. 2009/76a-d; Nr. 2009/76e)

Heinz Lerf (FDP) hält als Kommissionspräsident die wichtigsten Punkte des Fiko-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2009/76e kurz fest:

- Vorlage Nr. 2009/76b: Den stadträtlichen Anträgen betreffend dem Landverkauf an die bekab AG sowie Kauf und Verkauf der Teilparzelle „Holinger“ mit treuhänderischen Abwicklung des Immobiliengeschäftes durch die Basellandschaftliche Kantonalbank stimmte die Fiko einstimmig zu.
- Vorlage Nr. 2009/76c: Ebenfalls stimmte die Fiko einstimmig dem stadträtlichen Antrag für einen einmaligen Strukturbeitrag zur Erstellung von 100 zusätzlichen Parkplätzen im neuen Manor-Parkhaus zu.
- Vorlage Nr. 2009/76d: Die Fiko stimmte einstimmig den Anträgen des Stadtrates betreffend dem Kauf und Verkauf des Parkhauses Bücheli sowie der Auflösung der Parkhaus Bücheli AG zu. Die Trennung vom Parkhaus Bücheli macht Sinn, da der Betrieb eines Parkhauses wohl nicht zu den Kernaufgaben der Stadt Liestal gehören dürfte.
- Vorlage Nr. 2009/76a: Dem stadträtlichen Antrag betreffend der Verwendung der aus diesen Geschäften resultierenden flüssigen Mittel von rund 2,9 Millionen Franken wurde mit 6 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Einzig betreffend der Verwendung der flüssigen Mittel zu Gunsten des Schuldenabbaus wurden in der Fiko unterschiedliche Meinungen vertreten.
- Die vier Geschäfte sind insgesamt kostenneutral und führen zu keinen Neuverschuldungen. Erfreulich ist auch, dass vom Stadtrat mit der neuen Vorlage Nr. 2010/86 auch Lösungen für die Schaffung von Ersatzparkplätzen während den Manor-Bauarbeiten unterbreitet werden.

Stadtrat Peter Rohrbach stellt fest, dass es sich bei der Manor-Finanzvorlage um ein ausgewogenes Geschäft handelt, bei dem sehr viele Partner beteiligt sind. Betreffend der Diskussionen im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2009/76a sei festgehalten, dass dabei nicht die Rede von einer Gewinnverwendung sein kann. Denn mit dem stadträtlichen Antrag wird lediglich das Finanzvermögen umgeschichtet, welches fremdfinanziert wurde und nun auch wieder veräussert werden soll. Die Mittelverwendung für den Schuldenabbau würde somit eine Schuldzinsentlastung in der Laufenden Rechnung mit sich bringen.

Michael Bischof (FDP) hofft, dass nun auch das Manor-Projekt bald in die Realisierungsphase geht. Festzuhalten ist, dass man nur wegen früherer grösserer Abschreibungen heute von einem kostenneutralen Geschäft sprechen kann. Das Manor-Projekt ist ein wichtiger Baustein für das Städtli Liestal und bringt neue Chancen für andere Detaillisten und das lokale Gewerbe mit sich. Die Ansätze der Geiger-Studie betreffend anderer Projekte wie beim Ziegelhof-Areal, Lüdin-Areal usw. sollen möglichst schnell als weitere Bausteine und Chancen genutzt werden. Die FDP-Fraktion wird die stadträtlichen Anträge vorbehaltlos unterstützen.

Regula Nebiker (SP) führt aus, auch ihre Fraktion ist froh über den Abschluss des langwierigen Manor-Projektes sowie die erzielten Resultate des Stadtrates. Die Anträge des Stadtrates werden weitgehend unterstützt. Betreffend der Vorlage Nr. 2009/76a wird von ihrer Fraktion folgender Gegen-Antrag gestellt: Die flüssigen Mittel aus dem Manor-Geschäft sollen zur Hälfte für den Schuldenabbau eingesetzt und mit der anderen Hälfte im Sinne einer Vorfinanzierung Strukturbeiträge für öffentlichen Parkraum reserviert werden. Mit den Rückstellungen zu Gunsten öffentlicher Parkräume könnte auch signalisiert werden, dass für die Finanzierung weiterer Parkräume auch Taten folgen sollen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, einzig die Verwendung der aus diesem Geschäft resultierenden flüssigen Mittel lasse einen Handlungsspielraum bei den heutigen Entscheiden offen. Die Preise im Zusammenhang mit den Landverkäufen sind marktkonform, auch wenn seinerzeitig schon namhafte Abschreibungen gemacht werden mussten. Mit der Schaffung von 100 zusätzlichen Parkplätzen wird ein Beitrag zur Linderung des Parkierungsproblems geleistet und die Höhe des Infrastrukturbeitrages kann als günstig bezeichnet werden. Die Auflösung der Parkhaus Bücheli AG zeigt deutlich, dass mit einem Parkhaus kein Gewinn erwirtschaftet werden kann. Mit der notwendigen Abschreibung von 1 Mio. Franken handelt es sich dabei gar um ein Verlustgeschäft. Seine Fraktion wird allen Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Paul Pfaff (SVP) stellt fest, dass Geschäfte wie beispielsweise das Manor-Projekt in Liestal sehr lange dauern, bis sie schlussendlich realisiert werden können. Auch der Vorschlag für die Schaffung von provisorischen Parkplätzen während der Manor-Bauphase auf dem Konrad Peter Areal wird begrüsst. Speziell ist auch zu berücksichtigen, dass der Parkplatzbedarf alleine wegen den Bau- und Handwerkerfirmen wesentlich grösser werden wird. Er hofft deshalb, dass das Manor-Bauvorhaben nicht wegen herumstehender Autos der beauftragten Firmen für Negativschlagzeilen sorgen wird. Seine Fraktion wird alle Anträge des Stadtrates unterstützen.

Corinne Ruesch (GL) meint, das Manor-Projekt bringe unter dem Strich einen Gewinn für die Stadt Liestal mit sich, auch wenn aus dem Verkauf des Parkhaus Bücheli kein Erlös mehr resultiert. Die Stadt kann gar froh darüber sein, dass in das Gebäude nicht noch mehr investiert werden muss. Ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen, jedoch betreffend der Mittelverwendung den Antrag der SP-Fraktion unterstützen, damit werden finanzielle Mittel zu Gunsten baulicher Massnahmen für anstehende Projekte bereitgestellt.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf den Antrag der SP-Fraktion und meint, dass die Gutheissung dieses Antrages doch einen Refinanzierungskredit nötig machen würde, da die Schulden nicht wie vorgesehen mit den frei werdenden flüssigen Mitteln bezahlt werden könnten. Es würde doch eher Sinn machen, bei Bedarf weiterer Strukturbeiträge einen Nachtragskredit zu bewilligen, wie dies beispielsweise auch mit der Vorlage Nr. 2010/86 betreffend den Parkplätzen auf dem Konrad Peter Areal vom Stadtrat beantragt wird.

Peter Stengle (GL) hält fest, dass mit dem SP-Antrag beabsichtigt wird, dass der hälftige Erlös aus dem Parkhaus-Verkauf zweckgebunden für weitere zusätzliche Parkplätze verwendet werden soll.

Corinne Ruesch (GL) weist darauf hin, dass vom Finanzchef in den Fiko-Sitzungen mehrmals erklärt wurde, dass es sich bei der Bildung von Vorfinanzierungen nicht um ein Bargeldkässeli handelt, welches man bei Bedarf gebrauchen kann. Die Schuldzinsbelastung würde auch bei einer Genehmigung des SP-Antrages nicht grösser werden.

Regula Nebiker (SP) ergänzt, ihre Fraktion gehe davon aus, dass die Rückstellungen zu Gunsten von Parkraum-Strukturbeiträgen nur für eine kurze Dauer gemacht werden sollen. Man nimmt auch an, dass diese Beiträge auch in Kürze schon wieder beansprucht und gebraucht würden. Mit der Gutheissung des Gegenantrages würde auch politisch ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf die Aussage von Vorrednerin Corinne Ruesch und stellt fest, dass der beantragte Vorfinanzierungsbeitrag tatsächlich in einem Kässeli liegen würde und der Betrag deshalb auch nicht für den Schuldenabbau genutzt werden könnte. Der Antrag widerspricht zudem der Finanzstrategie betreffend einem Schuldenabbau, was so im letzten Entwicklungsplan auch nicht berücksichtigt und thematisiert wurde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) bemerkt, es mache wenig Sinn, ein Kässeli zu schaffen, wenn man sich über dessen Nutzen und Verwendung nicht klar ist.

Stadtrat Peter Rohrbach macht beliebt, dass der Antrag der SP-Antrag nicht unterstützt wird. Eine Gutheissung dieses Antrages wäre nichts anderes als ein Vorentscheid zu etwas, was irgend einmal kommen könnte. Geldmässig würde auch dieser Antrag nichts bewirken. Themen betreffend Vorfinanzierungen, Mittelverwendungen, Priorisierung von anstehenden Investitionen etc. sollten jeweils bei der Beratung der Entwicklungspläne behandelt werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine weiteren Worbegehren mehr angemeldet werden und der Einwohnerrat seinem Vorschlag betreffend dem Abstimmungsprozedere stillschweigend zustimmen kann.

://: Einstimmig wird dem 1. Antrag des Stadtrates betreffend der Landverkäufe an die bekab AG gemäss Vorlage Nr. 2009/76b zugestimmt.

://: Einstimmig wird dem 2. Antrag des Stadtrates betreffend der treuhänderischen Abwicklung der Immobiliengeschäfte durch die Basellandschaftliche Kantonalbank gemäss Vorlage Nr. 2009/76b zugestimmt.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates betreffend einem Strukturbeitrag für die zusätzlichen öffentlichen Parkplätze von maximal CHF 1,5 Millionen (zzgl. MWST) gemäss Vorlage Nr. 2009/76c zugestimmt.

://: Einstimmig wird dem 1. Antrag des Stadtrates betreffend dem Kauf des Parkhaus Bücheli zum Preis von CHF 1,6 Millionen (ohne MWST) von der Parkhaus Bücheli AG gemäss Vorlage Nr. 2009/76d zugestimmt.

://: Einstimmig wird dem 2. Antrag des Stadtrates betreffend dem Verkauf des Parkhaus Bücheli an die bekab AG zum Preis von CHF 0,5 Millionen (ohne MWST) gemäss Vorlage Nr. 2009/76d zugestimmt.

://: Mehrheitlich wird der Antrag der SP-Fraktion betreffend der Mittelverwendung (Die flüssigen Mittel aus dem Manor-Geschäft sollen zur Hälfte für den Schuldenabbau eingesetzt und mit der anderen Hälfte im Sinne einer Vorfinanzierung Strukturbeiträge für öffentlichen Parkraum reserviert werden) abgelehnt.

://: Grossmehrheitlich wird dem stadträtlichen Antrag gemäss Vorlage Nr. 2009/76a zugestimmt, dass die aus diesem Geschäft resultierenden flüssigen Mittel vollumfänglich für den Schuldenabbau eingesetzt werden.

://: In der Schluss- und Gesamtabstimmung wird einstimmig dem Massnahmepaket gemäss den stadträtlichen Anträgen der Vorlagen Nr. 2009/76a, Nr. 2009/76b, Nr. 2009/76c und Nr. 2009/76d zugestimmt.

132 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission bezüglich dem Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend sicheren Velowegverbindungen zu Schule und Sport (Nr. 2007/148, Nr. 2007/148a, Nr. 2007/148b)

Matthias Zimmermann (SP) nimmt als Kommissionspräsident Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/148b und hält kurz die wichtigsten Punkte fest: Die BPK war sehr glücklich über die stadträtliche Vorlage. Mit der Aufnahme des neu definierten Radroutennetzes in den Strassennetzplan ist bestimmt gewährleistet, dass die Velowegverbindungen bei künftigen Planungen nicht vergessen werden. Den stadträtlichen Anträgen und auch den Zusatzanträge der BPK wurden in der Kommission einstimmig oder mit grossem Mehr zugestimmt. Ein Antrag für die Bildung einer Velokommission wurde zurückgezogen, da der Einbezug und die Mitwirkung von Pro Velo Liestal gut funktioniert. Erfreulich ist auch die Zusage von Stadtrat Ruedi Riesen, dass eine ähnliche Studie auch für den Fussgängerverkehr gemacht werden soll.

Erika Eichenberger (GL) dankt als Postulantin für den BPK-Bericht. Die BPK war zusammen mit Pro Velo einmal gar mit dem Velo unterwegs und konnte sich gleich an verschiedenen Orten vom dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich dem Veloverkehr überzeugen. An diesem Oktobermorgen ist sie sich beim Betrachten der H2-Baustelle bewusst geworden, wie gross die Unterschiede betreffend dem motorisierten und unmotorisierten Verkehr sind. Nun sollte es aber möglich sein, dass die Vision eines Liestals als Velostadt nun doch realistisch werden könnte, zumal die Bedeutung von Velowegverbindungen auch in der vorliegenden Studie des Büros Pestalozzi & Stäheli und im Geiger-Bericht thematisiert wurden. Wichtig ist nun aber auch, dass die weiteren Massnahmen im Entwicklungsplan und auch in der Legislaturplanung aufgenommen werden, wie dies von der BPK beantragt wird. Die Aufnahme in den Legislaturplan ist für Liestal als Energiestadt zwingend. Die vorliegenden Analysen des Kantons, dem Ingenieurbüro Pestalozzi & Stäheli sowie das Massnahmenpaket von Pro Velo sind nun auf einen Nenner zu bringen und basierend auf diesen Erkenntnissen ist auch eine Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen nötig. So fehlen beispielsweise markierte Velostreifen bei der Ergolzstrasse und der Fraumattstrasse als Verbindungen zu den Schulhäusern als auch bei der Rheinstrasse und der Rosenstrasse. Auch fehlen weitgehend die Beschilderungen und ein Wegweiserkonzept. Verschiedene aktuelle Änderungen, Baustellen und fehlende Markieren sowie Signalisationen bei der Ausfahrt beim Gitterli-Bad, bei der Kreuzung Kasernenstrasse/Gitterli, beim Bahnhofplatz/Kantonsbibliothek und bei der Poststrasse sind für die Fussgänger und auch Velofahrer extrem gefährlich. Aus genannten Gründen stellt sie folgenden Zusatz-Antrag mit folgendem Wortlaut: Wir beantragen, dass die Interessen der Velofahrenden (attraktive, direkte und sichere Routen) bei jedem (Strassen-)Bauprojekt berücksichtigt werden, indem diese als Kriterium im Ablauf des QM-Prozesses definiert werden.

Ihre Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der BPK zustimmen. Müsste der erste Antrag des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2007/148a nicht mit „Schwachstellenanalyse Radrouten“ ergänzt werden?

Matthias Zimmermann (SP) stimmt der Postulantin zu, dass der stadträtliche Antrag wie folgt neu formuliert werden sollte: Zustimmung zum Bericht Schwachstellenanalyse Radrouten.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, Liestal ist geradezu ideal für Velofahrer und so sollten für diese auch bessere Bedingungen geschaffen werden. Mit der Gutheissung der BPK-Anträge betreffend einer Aufnahme der Rosenstrasse und der Rheinstrasse in das kommunale Radroutennetz wird der Kanton gezwungen, bei der Übernahme der erwähnten Gemeindestrassen durch den Kanton und beim Ausbau der Kantonsstrassen auch für die Velofahrer zu schauen. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen. Wünschenswert

ist es, wenn bei neuen Baustellen frühzeitig auch an die Velofahrer gedacht würde. Pro Velo sollte vermehrt mit einbezogen und auch ein Mitarbeiter der Stadt bestimmt werden, welcher die Interessen der Velofahrer vertreten würde. Der Rundgang mit der BPK war sehr lehrreich und sollte periodisch wiederholt werden, gar mit dem Stadtrat zusammen.

Ernst Burkhardt (SP) ist erfreut über die velopositive Stimmung, welche aktuell recht stark spürbar ist. Schon vor vielen Jahren wurden Velokonzepte geschaffen, welche aber leider nie umgesetzt wurden. Bei der Umsetzung der geplanten verschiedenen Massnahmen dürfte vermutlich einmal mehr der Kanton der heikle Punkt sein, da dieser den Velofahrern keine oder nur zu wenig Beachtung schenkt. Die Velofahrer werden erst dann Besserungen im Strassenverkehr erfahren, wenn ihnen dafür auch der entsprechende Raum zur Verfügung gestellt und die zur Verfügung stehenden Flächen auch entsprechend markiert und signalisiert werden. Seine Fraktion wird deshalb auch den Zusatzantrag der Postulantin unterstützen.

Lorenz Rudin (FDP) merkt an, dass in seiner Fraktion unterschiedliche Meinungen bei verschiedenen Anträgen vorhanden sind, weshalb man sich zur Stimmfreigabe bei allen Anträgen entschieden hatte.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, der Zeitpunkt dürfte günstig sein, um Massnahmen betreffend unbefriedigenden Situationen für die Velofahrer treffen zu können. Schade ist, dass die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Seine Fraktion wird allen Anträgen zustimmen. Einige Anträge sind Absichtserklärungen und in anderen Anträgen werden konkrete Massnahmen verbindlich gefordert.

Matthias Zimmermann (SP) appelliert an die Wankelmütigen der FDP-Fraktion und macht auf die tagtäglich erscheinenden Zeitungsmittelungen aufmerksam, welche über Verkehrsunfälle informieren, bei denen Velofahrer tangiert sind. Die meisten Unfälle passieren wohl gerade deshalb, weil die nötigen Infrastrukturen für die Velofahrer im Strassenverkehr fehlen. Zu bedenken ist auch, dass in Liestal ein Grossteil der Einkäufe im Stedtli mit dem Velo getätigt wird.

Hans Brodbeck (FDP) äussert, er müsse nun doch auch eine Lanze für die Fussgänger brechen, wird doch in der heutigen Diskussion der Velofahrer vergoldet. Der Fussgänger hingegen hat ein Problem mit dem Autofahrer, genau gleich aber auch mit dem Velofahrer. So macht er oftmals die Erfahrung, dass er als Fussgänger von Velofahrern resolut auf die Seite gewiesen wird. Die Velofahrer können nicht so verharmlost werden, wie man diese heute immer wieder hört.

Stadtrat Ruedi Riesen dankt für die rege und spannende Diskussion. Es ist wichtig, dass ein Massnahmenkatalog vorhanden ist. Bevor die Massnahmen aber im Entwicklungsplan aufgenommen werden können, bedarf es einer Gewichtung und einem Konzept, wie man dies beispielsweise auch im Zusammenhang mit der Einführung der Tempo 30-Zonen getan hatte. Betreffend der einten Aussage der PostulantIn möchte er festhalten, dass die Poststrasse in der Begegnungszone liegt. Dass diese noch nicht in Kraft ist, ist auf die fehlende Bewilligung des Kantons zurückzuführen. Bei allen Neubauprojekten, Planungen, Richtplänen usw. wird auch der Veloverkehr mitberücksichtigt. Problematisch ist es aber bei den Kantonsstrassen. So hatte beispielsweise die Stadt Liestal bei der Einmündung Kasernenstrasse / Militärstrasse beratend mitgewirkt und einen Velostreifen vorgeschlagen, leider vergeblich. Ein Auftrag für eine Adaption des Fussverkehrsnetzes mit dem Radroutennetz wurde bereits erteilt. Wegen der positiven gemachten Erfahrungen wird die Stadt auch weiterhin Sachverständige von Pro Velo beiziehen. Betreffend der Neuformulierung des zweiten stadträtlichen Antrages sei festgehalten, dass die Aufnahme des neu definierten kommunalen Radroutennetzplanes in den Strassennetzplan nötig ist, damit dieser auch verbindlich wird.

Erika Eichenberger (GL) glaubt, sie sei wohl von Stadtrat Ruedi Riesen betreffend der Neuformulierung des stadträtlichen Antrages falsch verstanden worden. Die von ihr vorgeschlagene Änderung betrifft nämlich den ersten Antrag des Stadtrates, welcher mit „Schwachstellenanalyse Radrouten“ ergänzt beziehungsweise korrigiert werden sollte.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) bestätigt, dass es sich wohl um ein Missverständnis handelt und natürlich der 1. Antrag des Stadtrates gemäss Vorschlag von Erika Eichenberger zu ändern ist. Der Einwohnerrat wird über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

ABSTIMMUNGEN

0. Zusatzantrag von Erika Eichenberger: Antrag, dass die Interessen der Velofahrenden (attraktive, direkte und sichere Routen) bei jedem (Strassen-)Bauprojekt berücksichtigt werden, indem diese als Kriterium im Ablauf des QM-Prozesses definiert werden.

://: Dem Zusatzantrag von Erika Eichenberger wird grossmehrheitlich zugestimmt.

1. Die BPK beantragt dem ER, die Rosenstrasse von der Militärstrasse bis zur Meier-Wiggli-Strasse ins kommunale Radroutennetz aufzunehmen.

://: Dem BPK-Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Die BPK beantragt dem ER, die Rheinstrasse von der Spitalstrasse bis zur Frenkendorferstrasse ins kommunale Radroutennetz aufzunehmen.

://: Dem BPK-Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

3. Die BPK beantragt dem ER, den Stadtrat zu beauftragen, die in der „Schwachstellenanalyse Radrouten“ vom 3.3.2009 im Kapitel „8. Kostenschätzung“ auf Seite 15 aufgeführten Massnahmen 2010 umzusetzen.

://: Dem BPK-Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

4. Die BPK beantragt dem ER, den Stadtrat zu beauftragen, die Umsetzung der übrigen in der „Schwachstellenanalyse Radrouten“ vom 3.3.2009 aufgeführten Massnahmen in den Entwicklungsplan 2011-15 aufzunehmen.

://: Dem BPK-Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

5. Die BPK beantragt dem ER, den Stadtrat zu beauftragen, die laufende Verbesserung der Bedingungen für den Veloverkehr in der Stadt Liestal in die Legislaturziele aufzunehmen.

://: Dem BPK-Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

6. Antrag 1 des Stadtrates, korrigiert: „Zustimmung zum Bericht „Schwachstellenstellenanalyse Radrouten““

://: Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

7. Antrag 2 des Stadtrates: „Zustimmung zur Aufnahme des neu definierten kommunalen Radroutennetzes in den Strassennetzplan gemäss Übersichtsplan Radrouten“

://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

8. Antrag 3 des Stadtrates: „Abschreibung des Postulates Nr. 2007/148“

://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

133 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Berichte des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission betreffend Wasserversorgung, Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2 (Nr. 2008/206, Nr. 2008/206a, Nr. 2008/206b, Nr. 2008/206c)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) verliest den vorliegenden Nichteintretens-Antrag von Hanspeter Zumsteg (GL).

Hanspeter Zumsteg (GL) hält fest, dass er seinen Antrag nicht als Nichteintretens-Antrag verstanden haben möchte und er diesen zu einem späteren Zeitpunkt nochmals einbringen wird.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2008/206c und hält die wichtigsten Punkte kurz fest: Die Kommission hatte den stadträtlichen Anträgen im November 2009 mit 4 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen zugestimmt, doch hatte die Verabschiedung des BPK-Berichtes länger als üblich gedauert. Auf die einzelnen Berichtspunkte wird er nicht eingehen, doch wird er die wichtigsten Hauptargumente der Befürworter und Gegner kurz festgehalten. Die Befürworter des Regionenverbund-Anschlusses begründen ihre Haltung damit, dass der Anschluss mit der H2 koordiniert und deshalb auch jetzt umgesetzt werden soll. Liestal soll sich solidarisch mit den Verbundgemeinden zeigen. Der Netzausbau basiert auf einem gut durchdachten Projekt. Liestal benötigt ein drittes Standbein nebst der stadt-eigenen Quell- und Grundwasserfassung, um die Spitzen der Wasserversorgung abdecken zu können. Die Skeptiker und Gegner eines Regionenverbundanschlusses machen geltend, dass Alternativen noch zu wenig untersucht wurden. Im Zusammenhang mit dem H2-Bauwerk stehen noch 2 – 3 Jahre Zeit zur Verfügung, bevor entscheidende Punkte geschehen. Die Hardwasser-Wasserqualität hat einen schlechten Ruf wegen den Deponien in Muttenz und die zu treffenden Massnahmen sind kostspielig. Ferner sind von der Stadt Nutzungs- und Sparmöglichkeiten betreffend dem Wasser nicht geprüft worden. Auch wurden die Oblieger-Gemeinden betreffend möglichen Vorabklärungen im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Wasserversorgung nicht kontaktiert.

Stadträtin Marion Schafroth weist darauf hin, dass die Meinungen in den verschiedenen Gremien betreffend dem Anschluss an den Regionenverbund sehr differenziert sind. Und situationsbedingt stehen jetzt die Entscheide an, damit der Bau- und Planungsablauf sinnvoll und effizient ablaufen kann. Aus Sicht von Fachleuten, die mit der Wasserversorgung zu tun haben, ist es eigentlich unbestritten und klar, dass dieses Projekt sinnvoll ist. Auf politischer Ebene ist aber das Geschäft alles andere als klar, wurden doch im Stadtrat und auch im Einwohnerrat unterschiedliche Meinungen vertreten. Aus Sicht der Politik zählen nicht nur strikte sachtechnische Argumente. Gerade die politische Haltung der Grünen ist betreffend der Deponiefragen in Muttenz klar definiert und verschiedene Slogans haben in der Bevölkerung eine starke Wirkung, obwohl man über deren Wahrheitsgehalt teilweise geteilter Meinung sein kann. Als Wasserchefin wird sie ein paar Fakten aufzählen, wobei ihr von den Stadtratsmitgliedern zugestanden wurde, ihre persönliche Meinung äussern zu dürfen. Dabei wird sie auch zu einigen Punkten des gestrigen Zeitungsberichtes in der Basler Zeitung Stellung nehmen, da diese die Bevölkerung ebenfalls bewegen dürften. Betreffend der Wasserversorgung sind auch einige grundsätzliche Überlegungen zu machen. Das Wasser ist ein wichtiges Gut und deshalb ist auch eine seriöse Planung betreffend der Wasserversorgung zu machen. Diese Planung muss den Normalverbrauch, den Spitzenverbrauch und auch den Störfall abdecken. In allen Fällen muss mindestens ein durchschnittlicher Normalbedarf an Wasser abgedeckt werden können. Auch ein Notfallkonzept beim Eintreffen von Havarien, Erdbeben usw. muss vorhanden sein, auf welches an dieser Stelle aber nicht näher einge-

gangen wird. Ist aber ein Anschluss an den Regionenverbund überhaupt nötig? Vom Kanton wurde bereits schriftlich bestätigt, dass das Pumpwerk Gitterli wegfallen beziehungsweise nur noch für die Notwasserversorgung weiter betrieben werden kann. Damit taucht das Problem auf, dass beispielsweise bei einem Störfall wie dem Ausfallen eines weiteren Pumpwerkes sowie bei rund 10 bis 20 Störfällen pro Jahr der Normalverbrauch nicht mehr abgedeckt werden kann. Die Synergiennutzung im Zusammenhang mit der H2-Baute und der Anschluss an den Regionenverbund ist eine mögliche Lösung. Alle anderen Alternativen sind zu teuer und zu unsicher bezüglich deren Realisierung. Die Frage betreffend der Notwendigkeit einer zusätzlichen Lieferung zu Gunsten der Wasserversorgung von Liestal muss deshalb klar bejaht werden. Für eine sinnvolle und vernünftige Planung ist deshalb auch ein Entscheid im jetzigen Zeitpunkt nötig. Für die Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit dem beantragten Regionenverbund-Anschluss sind nun auch genügend Fakten vorhanden. Die Frage, weshalb mögliche Alternativen nicht auf den gleichen Stand wie die Lösung mit dem Regionenverbund gebracht werden, ist nicht näher prüfenswert. Denn es macht keinen Sinn mehr Geld für etwas auszugeben, wenn man weiss, dass keine bessere Lösung gefunden wird. Zu den Qualitätsfragen betreffend dem Hardwasser kann sie auch nicht ins Detail eingehen. Auch die bestehende Wassergewinnung und Wasserversorgung birgt Gefahrenquellen in sich, weshalb auch für die eigene Wasserversorgung in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich zusätzliche Reinigungsstufen einzubauen sind. Sollten die Giftstoffe tatsächlich aus den Deponien in Muttenz in das Grundwasser gelangen, so wäre es zweifelsohne technisch machbar, diese Verunreinigungen und Schadstoffe mit einer Ozonierung, Filtrierung etc. raus zu nehmen. Die technische Machbarkeit ist unbestritten und es ist deshalb lediglich eine Frage des Verfahrens und der Kosten. Im Zusammenhang mit der Aussage, dass Hardwasser auch Giftwasser sei, müsste zuallererst die Frage geklärt werden, welche Gifte denn im Wasser vorhanden sind, damit dann auch die Behandlungsart des Wassers bestimmt werden kann. In der Vorlage ist auch beschrieben, dass man bei einem Regionenverbund-Beitritt primär vom Grundwasser der beteiligten Gemeinden Wasser beziehen würde. Hardwasser ist nur als Rückversicherung gedacht und würde nur bei einem unerwarteten Versorgungsengpass geliefert. Eine weitere Option bei einem Regionenverbund-Anschluss wäre auch, dass in Notfällen auch aufbereitetes Wasser aus dem Rhein in das Versorgungsnetz eingespiesen werden könnte. Dies wäre bei einem Anschluss an eine Wasserversorgung im Oberbaselbiet nicht möglich. Bei der bevorstehenden Diskussion sollten auch die Aspekte berücksichtigt werden, dass wichtige Entscheide für die Zukunft zu fällen sind, dass auch Wege möglicher Optionen zu gewichten sind und mit welchem finanziellen Aufwand die Wasserversorgung sichergestellt werden kann. Und auch den Wasser-Fachleuten sollte mindestens das gleiche Vertrauen wie denjenigen Politikern geschenkt werden, welche mit Slogans arbeiten.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, seine Fraktion sei erfreut darüber, dass bei diesem Geschäft nun endlich ein Schritt vorwärts gemacht werden kann, da dieses auch lange und gut vorbereitet wurde. Bereits mit der Einreichung des dringlichen Postulates Nr. 2008/206 hatte sich seine Fraktion vor zwei Jahren für einen Anschluss an den Regionenverbund ausgesprochen. Als wichtigste Gründe werden nochmals speziell die Versorgungssicherheit auf mehreren Standbeinen sowie die Solidarität und Partnerschaft mit anderen Gemeinden der Region erwähnt. Krampfhaft wird nun versucht, ein Haar in der Suppe zu finden, indem die Medienberichte betreffend der Hardwasser-Wasserqualität hochgespielt werden. Die Versorgung von Liestal mit sauberem Wasser ist sicher von allgemeinem Interesse und kann mit technischen Hilfsmitteln sicher auch gewährleistet werden, was von Stadträtin Marion Schafroth bereits vorgängig erwähnt wurde. Seine Fraktion wird die stadträtlichen Anträge einstimmig unterstützen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) äussert, die Versorgung der Bevölkerung mit genügend und einwandfreiem Wasser ist auch für Liestal eine anspruchsvolle Herausforderung. Der Hauptlieferant der Wasserversorgung Liestals ist der Ergolz-Grundwasserstrom und somit ist auch das Risiko bei Unfällen, dem bevorstehenden Neubau der Zollschule usw. gross. Es soll keine weitere wertvolle Zeit verloren werden, indem man beispielsweise noch zusätzliche Kon-

zepte ausarbeitet, welche schlussendlich keine wesentlichen neuen Erkenntnisse und Erfolge bringen werden. Seine Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates ebenfalls zustimmen.

Hans Brodbeck (FDP) sagt, das Geschäft sei in seiner Fraktion kritisch geprüft worden. Heute kann mit gutem Gewissen gesagt werden, dass seine Fraktion einstimmig hinter der Stadtratsvorlage steht. Der Regionenverbund soll primär die Versorgungssicherheit stärken. Zurückschließend muss festgestellt werden, dass auch Liestal in der Vergangenheit immer wieder mit Versorgungskrisen zu kämpfen hatte und aus gemachten Erfahrungen die Lehren ziehen musste. Fast die Hälfte von früheren Quellen und Grundwasserquellen können und dürfen bereits heute nicht mehr genutzt werden. So musste nach einer Typhus-Epidemie im Jahre 1890 mit 25 Toten die Orisquelle abgestellt werden. Und das Pumpwerk Schlachthof musste ebenfalls abgestellt werden, nachdem Sickerwasser aus der Deponie Lindenstock den Weg bis zur Erzenbergstrasse gefunden hatte. Verunreinigtes und stinkendes Wasser aus dem Umfeld der Kläranlage Frenke bedingte eine mehrtägige Wasserversorgung der Bevölkerung mit Tankwagen sowie ein späteres Abstellen des Pumpwerkes Wanne. Die Realität zeigt, dass man auf neue Entwicklungen gewappnet sein muss, da das Liestaler-Wasser aus stark besiedelten und genutzten Gebieten gefördert wird. Die vorgeschlagenen Massnahmen mit einem Anschluss an den Regionenverbund sind nötig. Die Kosten und der Zeitrahmen sind bekannt. Alles andere, was sonst noch im Raum steht, ist etwas spekulativ. Ob schlussendlich Wasser vom Regionenverbund überhaupt bezogen werden muss, kann heute noch nicht gesagt werden, doch ist man es der Bevölkerung schuldig, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Franz Kaufmann (SP) meint, es sei bekannt, dass seine Fraktion eher skeptisch ist, da nicht schlüssig nachvollzogen werden kann, weshalb gerade der Anschluss an den Regionenverbund die beste Lösung sein soll. Zum besseren Verständnis werden nachfolgende Problemfelder aufgeführt. Wasserqualität: Welche Methode zur Wasserfiltrierung angewendet werden soll, ist auch bei den Fachleuten umstritten. Die Hardwasser AG benützt einen einstufigen Kohlefilter und vom Ingenieurbüro RWB wird gesagt, dass es mehrstufige Anlagen sein sollten, was von der Hardwasser AG wiederum dementiert wird. Welchen Fachleuten sollen nun Laien vertrauen können? Muttenz erwägt die Zwischenschaltung einer eigenen Reinigungsanlage, da sie der Hardwasser-Wasserreinigung nicht vertraut, wie dies einem Bericht der Basler Zeitung vom 4. Dezember 2009 entnommen werden kann. Nachhaltigkeit: Wasser dürfte mittel- und langfristig zu einer knappen Ressource werden. Das Verlegen von neuen Leitungen mit Kostenfolgen in Millionenhöhe ist wohl kaum nachhaltig. Mindestens in einem Konzept sollten Perspektiven betreffend dem Gebrauch von Brauchwasser, dem sorgsamem Umgang mit Wasser, mögliches Wassersparen in Notzeiten usw. aufgezeigt werden. Service public: Dieser muss für die Einwohnerschaft gewährleistet bleiben, werden doch Aktiengesellschaften wie bei der Hardwasser AG oftmals privatisiert. Das fehlende Mitsprache- und Entscheidungsrecht der Bevölkerung dürfte dann zu wesentlichen Einschränkungen und gar Abhängigkeiten führen. Pumpwerk Gitterli: Sicher ist das Abstellen des Pumpwerk Gitterlis wegen dem geplanten Neubau der Zollschiule kein entscheidender Punkt. Die Vorgehensweise mit erpresserischer Haltung der Bauherrschaft und Unterwürfigkeit der Stadt ist stossend, was von seiner Fraktion auch nicht einfach so geschluckt werden kann. Kosten: Beim vorgeschlagenen Projekt mit Investitionen von 1,2 Mio. Franken handelt es sich effektiv um eine Luxuslösung. Der Wert des Hardwasser-Angebotes kann gar nicht abgeschätzt werden, da keine Vergleiche angestellt werden können und das Angebot der Hardwasser AG bereits aus einer Monopolstellung heraus unterbreitet wird. Zusätzliche Kosten bei einem späteren Anschluss an den Regionenverbund werden bereits vorangezeigt und deshalb kann nicht die Rede von einem stabilen Verhandlungsstandpunkt sein. Weshalb wurden nicht mehrere Offertsteller zur Unterbreitung eines Angebotes eingeladen, wie dies üblicherweise im Submissionsverfahren der Fall ist? Mit dem H2-Anschluss ergibt sich nun daraus angeblich die beste Lösung für einen Anschluss Liestals mit der Löschwasserleitung an den Regionenverbund. Auf der Homepage der Hardwasser AG wird die Aussage gemacht, dass weitere Zuleitungen nach Liestal und Lausen bereits bestehen. Auf seine Anfrage hatte er die telefonische Auskunft erhalten, dass tatsächlich bereits eine Leitung existiere, die in Notsituationen

aktiviert werden könnte. Ist die bereits bestehende Leitung einfach vergessen worden und könnte diese nicht für die Wasserversorgung von Liestal genutzt werden, damit nicht weitere Investitionen von 1,2 Mio. Franken nötig wären? Der Vorschlag von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion für einen Marschhalt macht durchaus Sinn, könnten doch dann innert kurzer Zeit die noch unbeantworteten Fragen seriös abgeklärt und alternative Projekte zumindest grob geprüft werden. Die SP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen nicht zustimmen, kann aber den Vorschlag und Antrag betreffend einem Marschhalt unterstützen.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, es gehe nicht darum, die nächstgünstigste Lösung eines möglichen Trinkwasserengpasses beim Wegfall des Pumpwerks Gitterli zu finden. Sondern vielmehr geht es darum, wie die hohe Trinkwasserqualität in der zukünftigen Entwicklung von Liestal gesichert werden könne. Neben dem Beschluss des Einwohnerrats im August 2008, dass der Beitritt zum Regionenverbund weiterzuverfolgen ist, hatte man in verschiedenen Voten auch gefordert, dass der Rat eine echte Wahlmöglichkeit haben soll, und darum Varianten gleichwertig auszuarbeiten sind. Seit über 10 Jahren steht die Frage über die weitere Entwicklung der Liestaler Trinkwasserversorgung im Raum. Der Stadtrat hat es in dieser langen Zeit nicht für nötig gehalten, eine zukunftsgerichtete Gesamtschau mit Abklärung der Ausbaumöglichkeiten zu erstellen. Natürlich bedingt das die Zusammenarbeit besonders mit den oberen Nachbargemeinden, weil von dort her unsere wichtigen Grundwasserströme Ergolz und Frenke kommen. Leider haben entsprechende Kontakte mit Lausen, Bubendorf und dem Wasserverbund Waldenburgertal nie stattgefunden. Jetzt, wo sich eine Möglichkeit zum Wasserbezug aus dem Regionenverbund unterhalb von Liestal bietet, nämlich von Ergolz-Grundwasser aus Frenkendorf/Pratteln oder noch weiter unten Grundwasser aus dem Chemiemüll-gefährdeten Muttener-Kiesbecken, will der Stadtrat nur diese Variante forcieren ohne ausreichende Entscheidungsgrundlage im immer mehr gefährdeten Bereich Trinkwasserqualität zu haben. Das Hauptargument des Stadtrats, neben dem bisherigen Grundwasserbezug aus Frenke und Ergolz mit dem Regionenverbund ein drittes Standbein zu haben, muss deutlich relativiert werden, weil die vorgesehenen hauptsächlichen Wasserlieferanten Frenkendorf und Pratteln nämlich am gleichen Grundwasserstrom Ergolz hängen wie Liestal. Es ist zu bedenken, dass je weiter flussabwärts Grundwasser gefasst wird, umso mehr finden sich auch durch die ARA nicht rückhaltbare Schadstoffe, die bei weitem nicht alle messtechnisch analysiert werden können. Man redet von etwa 50 messbaren Grössen bei insgesamt etwa 5000 Grössen, die im Muttener-Kiesbecken enthalten sind. Dabei werden auch Arzneimittelrückstände wie Antibiotika wegen Resistenzengefahr zunehmend zu einem nicht mehr vernachlässigbaren Problem. Die Vorlage des Stadtrats zeigt deutlich, dass ein Entscheidungs-Zeitfenster von 2 bis 3 Jahren für die nötigen Wasseranschlüsse gegeben ist. Die Tunnel-Löschwasserleitung mit Anschluss an die Liestaler-Wasserversorgung wird sowieso unabhängig davon durch den Kanton erstellt und bezahlt. In den BPK-Abklärungen gibt denn auch Stadträtin Marion Schafroth zu, dass man theoretisch Zeit für weitere Abklärungen hätte. Ihre Aussage aber, dass es nicht vertretbar sei, Zeit und Energie in die Prüfung von vordergründig weniger aussichtsreich scheinender Varianten zu investieren, ist bei einem derart zentralen Bedürfnis für eine qualitativ hochstehende Trinkwasserversorgung einfach nicht nachvollziehbar. Dieser vorschnelle Entscheid würde dazu führen, dass auf einem kurzsichtigen Lösungsansatz ausgeruht wird. Der Anschluss an den Regionenverbund kann zwar die Spitzen des Liestaler-Trinkwasserbedarfs decken, aber die bestehende Wasserversorgung muss sowieso weiter ausgebaut und optimiert werden. Denn ohne das Vorausdenken werden aussichtsreiche Gebiete für die zukünftige Wasserfassung nicht mehr vorhanden sein und Verschmutzungen im Einzugsgebiet können uns unvorbereitet treffen. Dazu braucht es sicher auch die Kontaktaufnahme mit den oberen Nachbargemeinden für einen erweiterten Wasserverbund, vielleicht auch mit einem neuen gemeinsamen Pumpwerk auf auswärtigem Boden. Um auch zukünftig die Wasserqualität von Liestal auf einem hohen Niveau zu halten, kommen wir so oder so nicht drum herum, ein Trinkwasserkonzept zu erstellen, welches schon lange fehlt. Der Einwohnerrat wird deshalb dazu aufgerufen, die Chance zu nutzen, welche sich mit dem wegen dem Bauverlauf des H2-Tunnels entstandenen Entscheidungszeitfenster von zwei bis drei Jahren ergibt.

Der Vorschlag und Antrag der Grünen Fraktion wird von Hanspeter Zumsteg verlesen:

Da kein baulich dringender Handlungsbedarf besteht, wird der Entscheid über den Anschluss an den Regionenverbund so lang verschoben wie dies der H2-Baufortschritt erlaubt (ca. 2 Jahre). Der Stadtrat wird beauftragt, ein Wasserversorgungskonzept genügend umfangreich vorzulegen, damit in Kenntnis der Alternativen sachlich über den Beitritt zum Regionenverbund entschieden werden kann. Allfällig kleinere, wegen dem H2-Bauverlauf dringend nötige Anschlussarbeiten kann der Stadtrat in eigener Kompetenz durchzuführen.

Philipp Senn (SP) dankt den Vorvotanten für die gehaltvollen Worte. Unterstreichen möchte er die Aussage von Stadträtin Marion Schafroth, dass für die Wasserversorgung Liestals in absehbarer Zeit zusätzliche Reinigungsstufen installiert werden müssen. Betreffend der auslaufenden Konzession des Pumpwerks Gitterli sei festgehalten, dass die Ausscheidung der Schutzzone wegen dem Nutzungskonflikt nicht mehr wahrgenommen werden kann. Die Ausscheidung einer Gewässerschutzzone ist aber eine rein planerische Massnahme und hat mit der Wasserqualität nichts zu tun. So könnte sicher auch dieses Wasser mit zusätzlichen Reinigungsstufen weiterhin als Trinkwasser gebraucht werden. Deshalb sollte die Variante geprüft werden, dass die Investitionen von 1,2 Mio. schon jetzt für den Einbau von Reinigungsstufen verwendet würden. Im Zusammenhang mit dem Votum von Franz Kaufmann kann ergänzend festgehalten werden, dass nur rund 1 Zehntel als Trinkwasser verbraucht wird, der Rest ist Brauchwasser. Mit dem mittelfristigen Aufbau eines Mischwassersystems könnte auch der Bedarf in Spitzenzeiten abgedeckt werden.

Elisabeth August (CVP/EVP/GLP) berichtet, auch die landrätliche Umweltschutzkommission habe sich mit der Wasserqualität befasst. Das Thema wird sehr ernst genommen und Regierungsrat Jörg Krähenbühl wird alles daran setzen, dass das Wasser gut und sauber bleibt. Von einem Mitarbeiter des Kantons wurde die Aussage gemacht, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass Liestal überhaupt einmal Wasser von der Hardwasser AG beziehen müsse, da in einem Notfall Liestal wohl zuallererst von den umliegenden Gemeinden wie Pratteln usw. mit Wasser beliefert würde. Den stadträtlichen Anträgen soll zugestimmt und die Entscheidung nicht hinausgeschoben werden.

Regula Nebiker (SP) nimmt Bezug auf den gestrigen Bericht in der Basler Zeitung und stellt fest, dass sie künftig ihre Worte gegenüber der Presse noch mehr auf die Goldwaage legen werde. Nach den finanzpolitischen Diskussionen der letzten Einwohnerratssitzung ist ihre Fraktion nun doch darüber irritiert, dass heute nun 1,5 Mio. für den Anschluss an den Regionenverbund bewilligt werden sollen, obwohl kein dringender Handlungsbedarf besteht und noch einige Fragen unbeantwortet sind. Die Argumente überzeugen zu wenig, um den stadträtlichen Anträgen zustimmen zu können. So würde sie auch gerne wissen, aus welchen strategischen Überlegungen die Hardwasser AG länger und mehr ins Oberbaselbiet vorstossen möchte. Sollte dem Antrag der Grünen Fraktion nicht zugestimmt werden, würde die SP-Fraktion das Referendum ergreifen.

Hans Brodbeck (FDP) gibt zu bedenken, dass die Wasserhoheit nicht bei der Stadt, sondern beim Kanton liege. Betreffend dem Votum von Hanspeter Zumsteg kann er zustimmen, dass man das eine tun und das andere nicht lassen soll. Die Planung einer Wasserversorgung gemäss Angaben und Aussagen der Grünen sowie SP-Fraktion würde aber mindestens 10 weitere Jahre dauern. Damit auch Kostenvergleiche möglich sind, wären weitere Abklärungen und Verhandlungen sowie kostspielige geologische Gutachten und Studien nötig. Weitere Wasserzuleitungen aus dem Waldenburgertal, Föflibertal usw. müssten von der Stadt selbst finanziert werden. Im Zusammenhang mit dem Regionenverbund wird aber der Kanton für die Kosten der Zuleitung aufkommen und die Stadt müsste nur für den Einkauf beim Regionenverbund und die Anschlüsse beim Schildareal und der MIFA übernehmen. Die Gründung eines neuen Oberbaselbieter-Wasserverbundes wäre mit wesentlich höheren Kosten und weiteren Planungsjahren verbunden. Es wird beliebt gemacht, dass heute den

stadträtlichen Anträgen zugestimmt wird, damit könnten weitere Alternativlösungen, wie sie an der heutigen Sitzung erwähnt wurden, immer noch geprüft werden.

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, dass sie den riesigen Fragenkatalog heute nicht beantworten kann. Das Geschäft wurde während Monaten in der BPK beraten. Sie und Frau Christiani der Betriebe konnten an einer einzigen BPK-Sitzung Aussagen machen. Danach eingegangene Fragen wurden von den Betrieben ausführlich schriftlich beantwortet. Von der BPK sind sie nicht zur Beantwortung weiterer Fragen an eine weitere Kommissionssitzung eingeladen worden. Wenn nun noch weitere Fragen im Raum stehen, muss der Ball zurückgegeben werden. All diese Fragen könnten beantwortet werden, doch kann sie diesen nicht nachrennen. Abschliessend möchte sie festhalten, dass Liestal immer Trinkwasser haben wird, unabhängig davon, wie der Einwohnerrat heute entscheiden wird. Im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung muss nun gewichtet werden, wie einfach oder kompliziert, wie unnötig teuer, mit oder ohne dem dritten Standbein Regionerverbund die Wasserversorgung von Liestal künftig bewerkstelligt werden kann. Sollte dem Antrag für einen Regionerverbund-Beitritt nicht zugestimmt werden, so werden wohl künftige Generationen den Kopf schütteln, und feststellen, dass der Einwohnerrat heute aus politischen Gründen einen fachlichen Fehlentscheid gefällt hatte. Sollte dem Gegenantrag für einen Marschhalt zugestimmt werden, so ist der Vorschlag für einen Regionerverbund-Beitritt noch nicht gestorben. Doch würden damit weitere Ressourcen und zusätzliches Geld benötigt, obwohl man schlussendlich auch ein gutes Resultat haben dürfte. Sollte man den stadträtlichen Anträgen zustimmen, hätte man sicher die billigste, effizienteste und einfachste Lösung, obwohl die Gefahr besteht, dass dann das Referendum ergriffen würde. Bei einer Volksabstimmung könnten sicher genügend Argumente bei den Stimmbürgern vertreten werden, welche für einen Regionerverbund-Beitritt sprechen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) sagt, die Meinungen dürften wohl gemacht sein und er möchte nach dem Votum von Hanspeter Zumsteg die Rednerliste schliessen.

Hanspeter Zumsteg (GL) nimmt Bezug auf die Aussage von Hans Brodbeck und meint, dass es nebst der Wasserhoheit des Kantons doch schlussendlich auch noch eine Gemeindeautonomie gibt. Betreffend dem von ihm formulierten Antrag möchte er noch präzisieren, dass die ganze Angelegenheit damit nicht verteuert würde. Denn trotz dem beantragten Marschhalt würden in Liestal bis zum MIFA-Anschluss an die H2 bis im Jahre 2013 keine wesentlichen Bauten erstellt, wofür die Stadt Liestal aufzukommen hätte. Und sollten von Stadträtin Marion Schafroth tatsächlich alle Fragen beantwortet werden können, so müsste sicher ein umfangreicher Bericht vorhanden sein. Solche Unterlagen sind dem Einwohnerrat aber nicht bekannt ist, was weitere ungute Gefühle aufkommen lässt.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und die Rednerliste somit geschlossen ist. Der Rat wird über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt. Da keine Zusatzanträge der BPK vorliegen, kann über die stadträtlichen Anträge abgestimmt werden.

* * * * *

ABSTIMMUNGEN

://: Der Antrag der Grünen Fraktion, dass der Entscheid über den Anschluss an den Regionerverbund so lange verschoben wird, wie dies der H2-Baufortschritt erlaubt (ca. 2 Jahre), wird mit 14 Ja-Stimmen bei 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag 1 des Stadtrates

Der Einwohnerrat stimmt dem Beitritt Liestals zum Regionenverbund 1-9-2 zu.

://: Dem stadträtlichen Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag 2 des Stadtrates

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, die begonnenen Verhandlungen betreffend der Einkaufssumme für den Beitritt zum Regionenverbund 1-9-2 zum Abschluss zu bringen und dem Einwohnerrat zu gegebener Zeit zur abschliessenden Genehmigung zu unterbreiten. Dabei hat der Stadtrat folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- 2.1. Der Maximalbetrag von CHF 510'000.00 (exkl. Mwst) gemäss Offerte des Regionenverbunds 1-9-2 an den Stadtrat Liestal vom 28.11.2007 darf nicht überschritten werden.*
- 2.2. Fälligkeit: frühestens bei Inbetriebnahme der Verbindungsleitung (voraussichtlich 2011).*

://: Dem stadträtlichen Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag 3 des Stadtrates

Der Einwohnerrat genehmigt zur Umsetzung des Beitritts zum Regionenverbund die folgenden Projekte mit den zugehörigen Krediten (exkl. MwSt.):

- 3.1. Projekt Leitungsbau Portal Nord bis Schneckelerstrasse: Kredit von CHF 225'000 zu Lasten Konto 700.501.14 (voraussichtlich aufgeteilt auf die Jahre 2009 und 2010, abhängig vom Baufortschritt Gesamtprojekt H2).*
- 3.2. Projekt Leitungsbau Schneckelerstrasse bis MIFA, inkl Schacht: Kredit von CHF 300'000 zu Lasten Konto 700.501.14 (voraussichtlich aufgeteilt auf die Jahre 2013 und 2014, abhängig vom Baufortschritt Gesamtprojekt H2).*
- 3.3. Projekt Fernsteuerung: Kredit von CHF 200'000 (voraussichtlich 2011 und 2014, abhängig vom Baufortschritt Gesamtprojekt H2).*

://: Dem stadträtlichen Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag 4 des Stadtrates

Das Postulat Nr. 2008/206 betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund 1-9-2 wird abgeschrieben.

://: Dem stadträtlichen Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

* * * * *

BEHÖRDEN-REFERENDUM (Abstimmung)

Regula Nebiker (SP) stellt den Antrag, dass die soeben gefällten Einwohnerratsbeschlüsse dem Behörden-Referendum unterstellt werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) verliest § 86 des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat und stellt fest, dass die vorgängigen Beschlüsse dem Behörden-Referendum unterstellt werden können. Damit das erforderliche Quorum von 1/3 der anwesenden Mitglieder erreicht wird, müssten dem Antrag der SP-Fraktion mindestens 13 Ratsmitglieder zustimmen.

://: Dem Antrag der SP-Fraktion, dass die gefällten Beschlüsse des Einwohnerrates der obligatorischen Volksabstimmung werden (Behördenreferendum gemäss § 86 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates), wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen zugestimmt.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) hält fest, dass damit das erforderliche Quorum erreicht wird und die heute gefällten Einwohnerratsbeschlüsse betreffend dem Regionensverbund-Beitritt der obligatorischen Volksabstimmung unterstellt werden.

134 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Parkplatzenerweiterung auf dem Konrad Peter Areal; Projekt- und Kreditgenehmigung (Nr. 2010/86)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Meret Kaufmann (GL) erklärt, ihre Fraktion werde den stadträtlichen Anträgen zustimmen. Positiv ist, dass die Fläche mit den provisorischen Parkplätzen nicht versiegelt werden soll. Trotzdem geht damit eine ökologisch wertvolle Fläche verloren und dies wäre doch ein guter Grund dafür, dass entlang dem Orisbach die Uferschutzzone von 6 Metern ausgeschieden würde, wie dies das kantonale Raumplanungs- und Baugesetz auch vorsieht.

Franz Kaufmann (SP) berichtet, auch seine Fraktion wird der Vorlage zustimmen. Das Erstellen der Ersatzparkplätze ist auch optimal koordiniert mit den Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Wasserturmplatz-Neugestaltung. Dem Stadtrat wird für die gute und vor-ausschauende Arbeit gratuliert.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert, dass auch seine Fraktion den Anträgen zustimmen wird.

John Brunner (SVP) sagt, auch die SVP-Fraktion werde den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Einwohnerrat angemeldet und Ergänzungen des Stadtrates gewünscht werden.

://: Der Einwohnerrat bewilligt einstimmig, dass auf dem Konrad Peter Areal vorübergehend ca. 90 öffentliche Ersatzparkplätze erstellt und angeboten werden.

://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat den dazu erforderlichen Nachtragskredit von CHF 175'000.— zulasten der Laufenden Rechnung 2010 der Einwohnerkasse.

135 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Motion von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Markus Meyer der SVP-Fraktion betreffend Aufwand-Bremse (Nr. 2009/83)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Motion Aufwand-Bremse

Im November 2002 hat der Einwohnerrat einstimmig die noch heute gültige „dringliche Motion zur Sanierung des Finanzhaushaltes (2002/118)“ – (Motion Fluri) – an den Stadtrat überwiesen. Im Dezember 2006 wurde die vom Stadtrat im Finanzplan 2007–2011 (2006/104) definierte Finanzbalance gut geheissen. Diese basierte bereits auf dem neuen Steuergesetz – allerdings noch auf dem alten Finanzausgleich.

Ab 2010 wird durch die Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichs mit einer Saldoverbesserung bzw. Lastenverminderung der Einwohnerkasse von gegen CHF 2'000'000 gerechnet.

Entgegen der ursprünglichen Finanzpläne und der Erwartungen des Einwohnerrates zeichnet sich nun ab, dass die angestrebte Selbstfinanzierung (Einnahmen minus Aufwändungen plus Abschreibungen) nur dank der Saldoverbesserung des neuen Finanzausgleichs erreicht werden kann. Dies obwohl die Steuereinnahmen per Saldo angestiegen sind. Auf der anderen Seite steigen die Aufwändungen im Voranschlag 2010 zum wiederholten Mal an. Ein weiteres Ausgabenwachstum muss gebremst werden, damit die Finanzbalance sowie die Motion Fluri in absehbarer Zeit auch tatsächlich erfüllt werden können.

*Der Stadtrat wird daher beauftragt, die Voranschläge der kommenden 5 Jahre dahingehend auszugestalten, dass **der gesamte Brutto-Aufwand der Konti 30 und 31 gemäss kantonalen Artengliederung abzüglich der Konti 30 und 31 der Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser, Abfall insgesamt CHF 28'900'000.-- nicht übersteigt.** (Berechnung des Gesamtaufwands siehe Rückseite)*

Bei zwingenden punktuellen Aufwandssteigerungen sind entsprechende Reduktionen in anderen Bereichen zu realisieren.

Liestal, 12. Dezember 2009

Peter Furrer
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Daniel Spinnler
FDP-Fraktion

Markus Meyer
SVP-Fraktion

Abgrenzung der Aufwändungen nach kantonaler Artengliederung

Aufwand 2010	<i>in CHF</i>
30 Personalaufwand	21'349'790
31 Sachaufwand	9'922'100
Total	31'271'890
Davon Spezialfinanzierungen	
<i>Wasser (Kto. 700)</i>	
30 Personalaufwand	490'200
31 Sachaufwand	893'600
<i>Abwasser (Kto. 710)</i>	
30 Personalaufwand	0
31 Sachaufwand	450'900
<i>Abfall (Kto. 720)</i>	
30 Personalaufwand	26'300
31 Sachaufwand	561'500
Total	2'422'500
Aufwand 2010 ohne Spezialfinanzierungen	
30 Personalaufwand	20'833'290
31 Sachaufwand	8'016'100
Total	28'849'390

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) begründet als Motionär kurz Sinn und Zweck des Vorstosses: Eine Aufwandbremse ist nötig, da der Aufwand der Stadt für Eigenbedarf von 33,5 Mio. im Jahre 2007 auf über 36 Mio. im Jahre 2010 angestiegen ist. Die Aufwendungen für den Finanzausgleich sind in diesen Zahlen ausgeklammert. Allein im Jahr 2010 betrug die Steigerung rund 800'000 Franken, welche nur wegen den beschlossenen Budgetkürzungen auf 0,5 Mio. gesenkt werden konnte. Die Steuereinnahmen sind stagnierend oder gar rückläufig. Bei einer gleichen Entwicklung des Aufwandes sowie der Steuereinnahmen sind in wenigen Jahren keine Schuldentruckzahlungen mehr möglich und weitere Investitionen nur noch mit weiteren Verschuldungen finanzierbar. Die an der letzten Sitzung beschlossenen Aufwandkürzungen haben nur Gültigkeit für das Jahr 2010. Nur mit der Motion kann der Stadtrat verpflichtet werden, dem Einwohnerrat Finanzpläne und Voranschläge zu unterbreiten, mit welchen die viel gepriesene Finanzbalance gewährleistet werden kann. Der Einwohnerrat wird gebeten, der Überweisung der Motion zuzustimmen.

Stadtrat Peter Rohrbach findet das Anliegen der Motionäre interessant. Mit dem genau auf CHF 28'900'000.— bezifferten Betrag wird vermutlich die Genauigkeit verkannt, von was man überhaupt spricht. Geht man von einer jährlichen Teuerung von 1 Prozent aus, so wären in den nächsten 5 Jahren Einsparungen von 1,5 Mio. bei den Posten 30 und 31 nötig, um den Forderungen der Motionäre genügen zu können. Die frei verfügbaren Posten bewegen sich in der Grössenordnung von 3 bis 4 Mio., was rund 10 Prozent entspricht. Die restlichen Posten sind gebundene Ausgaben. Störend ist, dass die stadträtlichen Vorschläge nicht mit einem Postulat, sondern mit einer Motion verlangt werden. Nach Vorliegen der stadträtlichen Fakten hätte immer noch eine Motion eingereicht werden können. Was kann und soll der

Stadtrat bei solchen Rahmenbedingungen noch planen? Beide Aufgaben zur Erfüllung der Rahmenbedingungen sind interessant, doch kennt er das Resultat noch nicht. Dass der Stadtrat nun vorausseilend, vom Resultat ausgehend, vorgehen soll, dürfte schwierig werden. Beim Vorstoss geht es nicht um einen wissenschaftlichen Ansatz, sondern anstatt einem Dialog wird vermutlich eher die Konfrontation gesucht, was aber der falsche Ansatz zur Zielerreichung sein dürfte. Spätestens bei der Beratung des nächsten Entwicklungsplanes dürfte es interessant sein, was der Einwohnerrat zu eventuellen Kürzungen bei den Baurechtszinsen, dem Chienbäse usw. sagen wird, welche ebenfalls in die Artengliederungsposten 30 und 31 fallen. Die Fragestellung der Motionäre ist gut, doch die Ansätze des Vorstosses falsch und zu radikal.

Philipp Senn (SP) erklärt, die Erbauer des Trojanischen Pferdes hatten nach einer langen erfolglosen Belagerung schlussendlich die Stadt Troja doch noch zu Fall gebracht. Heute sind die Trojaner wesentlich handlicher, was der vorliegende Vorstoss der Motionäre beweist. Weshalb macht aber ein trojanerisches Handeln bzw. eine Überweisung der Motion Aufwand-Bremse keinen Sinn? Zusätzliche Aufgaben und Aufwendungen wie Spitex, Feuerwehrreglement usw. sind auf die Stadt zukommen, welche vom Einwohnerrat abgesegnet wurden. Es ist nicht ganz fair, wenn man bei den Artengruppen 30 und 31 von den Bruttoaufwendungen ausgeht, da dabei beispielsweise der Bevölkerungszuwachs nicht berücksichtigt wird. Verfrüht gehen die Motionäre vermutlich davon aus, dass die Finanzausgleichbeiträge zu Gunsten der Stadt auf diesem Niveau bleiben werden. Dieser erwartete Geldsegen ist in den letzten Jahren auch schon nicht im erwarteten Ausmass eingetroffen. An der letzten Einwohnerratssitzung wurde beim Voranschlag 2010 bereits eine lineare Kürzung von 1 Prozent bei den Artengruppen 30 und 31 beschlossen. Und mit der Motion werden weitere Kürzungen verlangt, die wohl besser bei der Beratung des nächsten Entwicklungsplanes hätten eingebracht werden sollen, zumal jeder politische Vorstoss einige tausend Franken kostet, welche den erwähnten beiden Artengruppen belastet werden. Was könnte die Umsetzung der Motion für Liestal bedeuten? Eine Verschiebung von Personal- und Sachaufwendungen zu Lasten der Investitionsrechnung, weil beispielsweise Unterhaltsarbeiten vernachlässigt werden? Knowhow-Verluste wegen Abgängen in der Verwaltung und Kürzungen bei der Lehrlingsausbildung als Folge der Personalkostenkürzungen? Auch die vom Finanzchef bereits erwähnte Einschränkung der stadträtlichen Handlungsfreiheit dürfte eine weitere Folge davon sein. Wie kohärent und wie sinnvoll wird politisiert, wenn diejenigen Fraktionen, welche die Motion unterstützen, sich auch schon für ein Steuerinkasso durch die Stadt ausgesprochen hatten, was aber zusätzliche Verwaltungskosten in genau diesen Bereichen zur Folge hätte? Gleiches gilt auch für das Postulat Nr. 2007/162, mit welchem längere Öffnungszeiten der Verwaltung gefordert werden. Rein rechnerisch dürfte mit der Motion „Aufwand-Bremse“ das Ziel der Motion Fluri etwas früher erreicht werden. Aber der Erfolg dieser Geschichte dürfte nicht in den Zahlen alleine liegen, sondern bei einem gemeinsam getragenen Konsens von Geben und Nehmen. Bei solchen Vorstössen und Aktionen sind aber keine Kompromisse mehr möglich und die Finanzplanung wird unberechenbar. Die SP-Fraktion wird die Überweisung der Motion ablehnen.

Daniel Spinnler (FDP) hält fest, dass sich die Motionäre durchaus nicht wie die Trojaner verstecken wollen, da das Einreichen der Motion Aufwand-Bremse schon längst ein Thema ist. Eine Aufwandbremse ist nötig, da bei sinkenden Einnahmen und stark steigenden Ausgaben nur mit Aufwandkürzungen ein Finanzaushalt-Gleichgewicht erreicht werden kann. Bereits bei der Budgetberatung wurde festgehalten, dass der Finanzausgleichbetrag von 2 Mio. auf den Aufwandseiten ausgegeben wurde. Die Selbstfinanzierung sollte eigentlich 6 Mio. und nicht 4 Mio. betragen, weshalb auch das Ziel der Finanzstrategie gemäss rohrbacherischen Balance nicht erreicht wurde. Mit der Motion wäre der Stadtrat auch bei künftigen Begehrlichkeiten für neue Aufgaben gewappnet, da sich dieser auf die beschlossene Aufwandbremse des Einwohnerrates berufen könnte. Die FDP-Fraktion wird der Überweisung der Motion zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) betont, dass weder in der Fiko noch im Einwohnerrat konkrete Vorschläge gemacht wurden, welche zur Ausgabenverminderung beitragen würden. Ganz im Gegenteil, werden doch gerade von der bürgerlichen Seite kostspielige Sonderwünsche wie Kunstrasenplatz, Gratisparkieren im Stedtli etc. erfüllt. Die von den Motionären verlangte Kostenbremse zeigt, dass diese nicht gewillt sind, die zukünftige Entwicklung von Liestal mitzugestalten. Ansonsten würden konkrete Einsparungsvorschläge und nicht globale Budgetkürzungen verlangt. Es ist auch scheinheilig zu sagen, dass es dem Stadtrat überlassen wird, wo und wie dieser sparen möchte, denn dieser Spielraum beträgt nur etwa 10 Prozent des Gesamtbetrages. In diesen 10 Prozent müssen auch die Teuerungszulagen sowie ausserordentlichen Ausgaben Platz haben und deshalb sind die Voraussetzungen für wirkliche Einsparungen gemäss Vorgaben der Motion sehr schlecht. Die Entwicklung Liestals ist nicht mehr steuerbar und wird dem Zufall überlassen. So ist es möglich, dass Einsparungen beispielsweise in der Familien- und Jugendpolitik vorgenommen werden, da diesbezüglich keine kantonalen Vorgaben vorhanden sind. Das Bildungswesen ist einer der Standortvorteile von Liestal, doch könnte auch die Bildung unter den Sparmassnahmen im Zusammenhang mit der Bildung von riesengrossen Klassen usw. leiden. Bei einer Annahme der Motion kann sowieso nicht mehr die Rede von einer Finanzbalance sein, denn stellt man einen Klotz unter die einte Waagschale, so wäre eine Balance physikalisch gar nicht mehr möglich. Der Inhalt der Motion sollte sowieso von der Fiko bei der Entwicklungsplan-Beratung diskutiert und nicht im Gesamtparlament beraten werden. Diese dürfte auch ein Grund dafür sein, dass die Fiko-Diskussionen meist mut- sowie farblos sind und dabei auch das Kind nicht beim Namen genannt wird. Mit dieser Motion versteckt man sich hinter formalen Forderungen. Entweder sind sich die Unterstützer der Motion der Folgen gar nicht bewusst oder sie wollen zur Bedeutung derselben nicht öffentlich stehen. Sie hat den Verdacht, dass sich die Motionäre nicht bewusst sind, welche Lawine sie mit diesem Vorstoss losgetreten haben.

Erika Eichenberger (GL) findet, die Motion Fluri habe in den letzten acht Jahren doch eine Konstanz und Berechenbarkeit bezüglich der Finanzen bewirkt, weshalb zwischen den Parteien auch ein gewisser Burgfrieden geherrscht hatte. Bei den Rechnungen der letzten Jahre konnten positive Saldis ausgewiesen werden. Auch war bisher der Entwicklungsplan ein wertvolles Planungsinstrument, konnte doch der Einwohnerrat je nach Entwicklung kurz- und langfristige Anpassungen vornehmen. Und so wurde auch von ihrer Fraktion mit dem Postulat Nr. 2010/88 „Steuersenkung planen“ verlangt, dass vom Stadtrat die Folgen von Steuersenkungen auch im Entwicklungsplan aufgezeigt werden. Man sollte wieder zu einer konstruktiven und parteiübergreifenden Zusammenarbeit zurückkehren. Steuersenkungen bedeuten auch immer Einschränkungen bei den Ausgaben, aber eine solche Verzichtsplanning sollte deklariert und auch öffentlich diskutiert werden. Sollte die Motion Aufwand-Bremse zurückgezogen oder nicht überwiesen werden, so würde auch ihre Fraktion das Postulat Steuersenkung-Planung zurückziehen. Das Postulat wurde als Variantenvorschlag zur Motion mit der gleichen Zielsetzung eingereicht, lässt aber dem Stadtrat mehr Spielraum.

Markus Meyer (SVP) erklärt, auch er habe sich die Mitunterzeichnung der Motion reichlich überlegen müssen. Schlussendlich kann er aber die Motion doch unterstützen, da gewisse Sachen ausgeschlossen wurden. Und so kann festgehalten werden, dass die vorgängig erwähnte Spitex in den beiden Artengruppen 30 und 31 nicht enthalten ist, da bei den verlangten Kürzungen ganz bewusst verschiedene Bereiche ausgeklammert wurden, welche von der Stadt nicht gesteuert werden können. Auch im Bildungsbereich sind Bandbreiten vorhanden, weshalb auch andere Gemeinden auf der Suche nach einem Mittelweg sind. Der im Entwicklungsplan 2010-2014 auf Seite 7 gemachte Hinweis, dass mögliche Einsparungen wegen dem Rückgang der Schülerzahlen für die Weiterentwicklung des Bildungsangebotes verwendet werden, war für ihn ein Grund dafür, die Motion zu unterschreiben. Dies ist doch ein Beispiel dafür, dass mögliche Einsparungen einfach anderswo wieder eingesetzt werden. Die Finanzen der öffentlichen Hand werden nicht besser und die Gemeinden werden sich wohl alle künftig den Gürtel enger schnallen müssen. Auffallend sind beispielsweise auch die zunehmenden Kosten im Bereich 318 „Dienstleistungsaufträge an Externe“. Die an Dritte

vergebenen Arbeiten könnten wohl in vielen Fällen zumindest teilweise von den Stadtangestellten selbst erledigt werden. Seine Fraktion wird die Motion überweisen und er selbst kann den Vorstoss voll und ganz unterstützen.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf das Postulat Nr. 2010/88 und stellt fest, dass 1 Steuer-Prozent rund CHF 400'000.— entspricht. Und sollten die Steuern gemäss Vorschlag der Postulanten gekürzt werden, wäre auch in diesem Fall eine massive Aufwandkürzung unumgänglich. Im rosaroten Teil des Voranschlages 2010 sind die stadträtlichen Prognosen betreffend möglichen Steuerkürzungen aufgeführt, und so stellt sich ihm die Frage, wie die Grüne Fraktion die vorgeschlagenen Steuersenkungen ohne Aufwandkürzungen zu realisieren gedenken.

Erika Eichenberger (GL) meint, es werden nun bereits Diskussionen geführt, wie sie eigentlich in der Fiko und nicht im ganzen Rat geführt werden sollten. Der Stadtrat soll nun doch die Folgen der Motion Aufwandbremse sowie des Postulates Steuersenkung-Planung aufzeigen, damit diese dann auch in der Fiko vertieft geprüft werden können.

Peter Stengle (SP) führt aus, der Unterschied der beiden Vorstösse liege doch darin, dass ein Postulat den Vorteil hat, dass vom Stadtrat Vorschläge gemacht werden können, was bei einer Motion nicht der Fall ist. Es ist wohl auch nicht Aufgabe des Parlaments dem Stadtrat zu sagen, wie und wo er etwas zu machen hat, wie dies die Motion Aufwand-Bremse verlangt. Bezugnehmend auf das Votum von Markus Meyer möchte er festhalten, dass er selbst auch während mehreren Jahren auf einer Gemeindeverwaltung gearbeitet hatte. Ihm ist deshalb auch bewusst, was es für den Stadtrat und die Verwaltung heissen würde, mit einem Auftrag bzw. einer solchen Motion beauftragt zu werden. Vorallem die Aufwandkürzungen beim Personalaufwand könnten schwerwiegende Folgen haben.

Franz Kaufmann (SP) bemerkt, die finanziellen Folgen sowie Konsequenzen der Motion und auch des Postulates können wohl nicht nur von ihm schwer oder gar nicht abgeschätzt werden. Ohne mit seiner Fraktion Rücksprache genommen zu haben, mache er den Vorschlag, dass beide Vorstösse als Postulat an den Stadtrat überwiesen würden. Damit könnten dem Einwohnerrat vom Stadtrat noch konkrete Zahlen und Vorschläge zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden.

Hanspeter Zumsteg (GL) vermutet, dass bei einer Überweisung der Motion vom Stadtrat wohl gravierende und kaum akzeptable Vorschläge unterbreitet würden. Ein riesengrosses Gestürm ist voraussehbar und so würde es doch sicher Sinn machen, dass der Stadtrat zuerst vernünftige Vorschläge ausarbeitet, welche beim nächsten Entwicklungsplan diskutiert werden können.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass sich die EVP-Mitglieder bei diesem Geschäft enthalten werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) nimmt Bezug auf den Vorschlag von Franz Kaufmann betreffend einer möglichen Umwandlung der Motion „Aufwand-Bremse“ in ein Postulat, und fragt die Motionäre an, ob sie sich dazu äussern möchten.

Die Motionäre äussern sich dahingehend, dass sie sich zur Beratung des Vorschlages in einem Timeout kurz beraten möchten, was ihnen vom Ratspräsidenten auch bewilligt wird.

Daniel Spinnler (FDP) informiert nach einer kurzen Beratung der Motionäre darüber, dass diese einer Umwandlung in ein Postulat zustimmen können. Dies mit der Bedingung, dass vom Stadtrat bis spätestens im Juni 2010 eine Antwort betreffend den finanziellen Konsequenzen zu den Forderungen der Motionäre vorliege. Sollte das Postulat „Aufwand-Bremse“ bis dahin nicht beantwortet werden, so würde der Vorstoss wieder in eine Motion umgewandelt.

Stadtrat Peter Rohrbach sichert zu, dass vom Stadtrat bis spätestens im Juni 2010 der neue Entwicklungsplan vorgelegt wird und gleichzeitig auch das Postulat Aufwand-Bremse beantwortet. Mit dem Entgegenkommen der Motionäre können die Begehrlichkeiten des Vorstosses beim etablierten Planungs- und Entscheidungsprozess integriert werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass nun darüber abzustimmen ist, ob die umgewandelte Motion „Aufwand-Bremse“ als Postulat überwiesen werden soll.

://: Der von einer Motion in ein Postulat umgewandelte Vorstoss „Aufwand-Bremse“ wird einstimmig mit Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

136 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Postulat von Erika Eichenberger und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend „Steuersenkung planen“ (Nr. 2010/88)

Das Postulat hat folgende Wortlaut:

Steuersenkung planen

Die Motion Fluri hat in den letzten 8 Jahren für Konstanz und Berechenbarkeit in den Liestaler Finanzen gesorgt mit dem grossartigen Resultat, dass wir schon früher als erwartet über Steuersenkungen diskutieren können.

Die Zeit ist gekommen, die Möglichkeit einer Steuersenkung zu prüfen. Die Bevölkerung soll die Verbesserungen der Liestaler Finanzen am eigenen Portemonnaie spüren. Dabei soll es nicht bei dem einen Steuerprozent Steuersenkung bleiben, das an der letzten ER-Sitzung beschlossen worden ist.

Wir wollen zurückkehren zu einer konstruktiven parteiübergreifenden Zusammenarbeit, welche den Stadtrat einerseits zu deutlichen Ausgabeneinschränkungen verpflichtet, andererseits aber nötigen Spielraum offen lässt für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Stadt.

Als Grundlage zur Beurteilung der Machbarkeit von Steuersenkungen soll der Finanzplan 2011 bis 2015 dienen.

Wir bitten den Stadtrat im Rahmen des Entwicklungsplans 2011 bis 2015 aufzuzeigen, welche Auswirkungen auf die Rechnung der Stadt Liestal eine Senkung des Steuerfusses hat:

2011	65%
2012	64 %
2013	63 %

Dabei ist von einer Beibehaltung der bewährten Selbstfinanzierung von 1.5 Mio Schuldenabbau und 2.5 Mio Nettoinvestitionen auszugehen.

Namens der Grünen Fraktion

Erika Eichenberger

Jürg Holinger

Liestal, 19. Januar 2010

* * * * *

Erika Eichenberger (GL) bemerkt, als Postulantin habe sie zum Vorstoss keine Ergänzungen anzubringen.

Pascal Porchet (FDP) sagt, der Vorstoss „Aufwand-Bremse“ ist von der CVP/EVP/GLP-Fraktion, der FDP-Fraktion und der SVP-Fraktion unterzeichnet worden. Mit dem vorliegenden Vorstoss der Grünen Fraktion spricht sich nun eine weitere Partei für eine Steuersenkung aus. Die SP-Fraktion kann er verstehen, welche sich partout gegen Steuersenkungen ausspricht. Hingegen versteht er die GL-Fraktion überhaupt nicht, doch muss er dies ja auch nicht können. Im März 2009 hatte sich der Einwohnerrat mit Stichtscheid des Präsidenten gegen eine Steuersenkung von 67 auf 62 Steuerprozent ausgesprochen, wie dies von der FDP-Fraktion vorgeschlagen wurde. Betreffend der beschlossenen Steuersenkung von 1

Prozent an der Dezember-Sitzung war ein grosser Wirbel veranstaltet worden. Einhellig hatten sich die Fraktionspräsidien an der vom Stadtrat einberufenen Besprechung vom 12. Januar 2010 dahingehend geäussert, dass Steuersenkungen in Liestal nötig sind. Auch vom Stadtrat wurde die Aussage gemacht, dass er nun eine Steuersenkung andenken will. Mit Ausnahme der SP-Fraktion haben sich nun erfreulicherweise alle Fraktionen für eine Steuersenkung ausgesprochen.

Erika Eichenberger (GL) nimmt Bezug auf das Votum ihres Vorredners und hält fest, dass sich auch ihre Fraktion in der Vergangenheit verschiedentlich für eine Steuersenkung ausgesprochen hatte. So hatte sie auch in der letzten Einwohnerratssitzung festgehalten, dass ihre Fraktion den Weg zur Steuersenkung unterstütze. Weiterhin will man aber den Weg eines separaten Finanzierungskreislaufes bestreiten, wie dies von Stadtrat Peter Rohrbach aufgeführt wurde. Nach den vergangenen Steuerreduktionsdebatten ist man nun offenbar bereit, die diesbezüglichen Diskussionen offen zu führen. Ihre Fraktion möchte sich dabei nicht in eine Ecke drängen lassen, sondern ebenfalls darüber diskutieren, was mögliche Steuerreduktionen für Auswirkungen haben könnten. Die Grüne Fraktion ist mit dem Vorstoss betreffend der Planung von Steuersenkungen überhaupt nicht von ihrer Stossrichtung abgewichen, sondern hat lediglich den Zeitplan etwas angepasst. Klar möchte sie festhalten, dass mit dem Postulat Nr. 2010/88 lediglich die Prüfung einer möglichen Steuerfuss-Senkung verlangt wird.

Franz Kaufmann (SP) hält fest, seine Fraktion habe sich nicht gegen eine Steuersenkung ausgesprochen. Doch unterstütze die SP-Fraktion den Vorschlag des Finanzchefs betreffend einem kontrollierten Ablauf all der Ereignisse, wie sie im Entwicklungsplan aufgezeigt werden. So wird im Entwicklungsplan aufgezeigt, dass eine Steuersenkung erst ab dem Jahre 2014 möglich ist. Deshalb muss auch die Aussage des FDP-Fraktionsprechers betreffend der Haltung seiner Fraktion präzisiert und korrigiert werden.

Matthias Zimmermann (SP) meint, in Liestal sollte investiert und nicht gespart sowie Steuern gesenkt werden. Beim Standortwettbewerb ist es wichtig, dass das stetige Wachstum von Liestal auch verwaltet werden kann. Auch an der heutigen Sitzung sind Kredite beschlossen worden, welche für die Attraktivität von Liestal förderlich sein. Solche Investitionen dienen der Allgemeinheit, währenddessen von möglichen Steuersenkungen vorwiegend die reicheren Bevölkerungsschichten profitieren würden.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und bemerkt, dass im Standortwettbewerb auch die Steuern ein sehr wichtiger Faktor sind. Investitionen könnten auch bei einer Steuersenkung weiterhin getätigt werden. Der Fokus muss deshalb darauf gelegt werden, dass man die laufenden und jährlich wiederkehrenden Ausgaben in den Griff bekommt, denn die Einnahmen werden in der Zukunft nicht rosig aussehen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) führt aus, zum Geschäft werden keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet, weshalb über die Überweisung des Postulates abgestimmt werden kann.

://: Grossmehrheitlich wird bei einigen Enthaltungen die Überweisung des Postulates betreffend der Planung von Steuersenkungen an den Stadtrat beschlossen.

137 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Fragestunde

1. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Busverbindung Liestal – Lausen

Anwohner und Bewohner des Langhagquartiers, der Alterswohnsiedlungen im Frenkenquartier und des Alters- und Pflegeheims Frenkenbündten beanstanden oft, dass diese Orte sehr schlecht an den öffentlichen Verkehr angebunden sind.

Frage: Welche Möglichkeiten gibt es, die Buslinie 76 via Burgstrasse - Langhagstrasse - Gitterliststrasse nach Lausen und zurück zu führen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Normalerweise können sich die betroffenen Gemeinden in einem Vernehmlassungsverfahren zu Fahrplanentwürfen äussern. Letztendlich entscheidet aber der Kanton. Die neue Linienführung gemäss Vorschlag des Fragestellers ist noch nicht unterbreitet worden, doch sind andere Änderungsvorschläge der Stadt vom Kanton verworfen worden. Man muss sich aber bewusst sein, dass neue Buslinienführungen auf dem Boden von Liestal für die Stadt doch mit grösseren Kostenfolgen verbunden sind. Der Vorschlag von Peter Furrer wird aber aufgenommen und in der neuen Arbeitsgruppe, welche vom Kanton und der Autobus AG noch gebildet wird, eingebracht und diskutiert.

2. Frage / Hanspeter Zumsteg (GL) betr. Gratis-Parkierstunde in Liestal

Frage: Wie gross sind die jährlichen Ausfälle der Parkplatzgebühren seit Einführung der Gratis-Parkierstunde?

Zusatzfrage: Welche Untersuchungen bezüglich Mehrumsätze des lokalen Gewerbes sind durchgeführt worden? Erste Resultate wurden vom Stadtrat noch vor den Sommerferien 2009 versprochen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Mindereinnahmen belaufen sich auf rund 320'000 Franken, wobei darin die Mindereinnahmen der Parkhaus Bücheli AG nicht berücksichtigt sind. Die Zusatzfrage kann nicht beantwortet werden, da von den KMU Liestal die gewünschten Zahlen noch nicht geliefert wurden.

3. Frage / Elisabeth Spiess (GL) betr. Mietkosten für 6 Parkplätze beim Ziegelhof-Areal

Kurz vor dem Beginn der Weihnachtsverkaufstage und den Weihnachtsmarkttagen hat die Stadt Liestal speziell für diese mehrfrequentierte Zeit in der Meyer-Wiggli Strasse auf dem Areal der Ziegelhof AG 6 Parkplätze angezeichnet und eine Parkuhr erstellt. Die von ihr eingereichte Zusatzfrage ist von der Stadtpräsidentin eingangs der heutigen Sitzung bereits beantwortet worden.

Frage: Wie hoch sind die Mietkosten für die 6 Parkplätze und welchen Ertrag hat die Parkuhr bis heute ergeben? Kosten-Nutzen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Das Alternativangebot ist natürlich weniger attraktiv und deshalb ist auch eine Gewichtung schwer möglich. Ein Parkplatz kostet 65 Franken im Monat und die Jahresmiete für die 6 Parkplätze beläuft sich auf 4680 Franken. Die Parkuhr-Gebühreneinnahmen decken die Mietkosten nicht, da sich die Einnahmen nur auf rund 250 Franken pro Monat belaufen. Die Parkplätze bleiben vermutlich bis zur Fertigstellung des Manor-Neubaus.

4. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Neuinstallation von Skulptur „Sonnenrad“

An der Ausstellung „Skulpturen im öffentlichen Raum“ im Jahre 1997 war ein Werk von René Küng zu sehen. Eine grosse, filigrane Bronzearbeit mit dem Titel „Sonnenrad“. Mit einem Überschuss aus der Ausstellungskasse und einem namhaften Beitrag des Kiwanis Clubs konnte die Skulptur angekauft und der Stadt übergeben werden. Nach kurzer Zeit wurde das Werk, inzwischen im Kirchhof montiert, beschädigt und musste zur Reparatur ins Tessin gebracht werden. Nach der Rückkehr nach Liestal wurde es im Werkhof deponiert und ist kürzlich im neu eingerichteten Kulturgüterdepot der Stadt gestrandet.

Frage: Kann sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass die Skulptur im öffentlichen Raum wieder installiert wird? Zum Beispiel auf dem Friedhof?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Diesbezüglich haben verschiedene Besprechungen und Begehungen stattgefunden. Es ist vorgesehen, dass die Skulptur im Frühjahr 2010 auf dem Friedhofareal installiert wird.

5. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Ausbau Heidenlochstrasse

Vor bald drei Jahren wurde das Projekt zum Ausbau der Heidenlochstrasse vom Volk am 17. Juni 2007 abgelehnt. Die Einwohnerräte hatten damals dafür plädiert, weil die Verkehrssicherheit für die jungen Verkehrsteilnehmer, vor allem für die Kinder, nicht gewährleistet sei. Unsere diesbezügliche Verantwortung besteht ja auch heute noch.

Frage: Was geschieht nach dem negativen Volksentscheid mit der Heidenlochstrasse?

Zusatzfrage: Sollte der Quartierplan „Cheditte“ doch noch realisiert werden, müsste dann die Stadt im Schnellverfahren eine Sanierung der Zufahrt für den Werkverkehr hervorzaubern?

Stadtrat Ruedi Riesen: Entgegen der Zusage des Referendumskomitees hatte dieses nach der Abstimmung keinen Kontakt mit der Stadt mehr aufgenommen und Vorschläge betreffend dem weiteren Vorgehen unterbreitet. Die Stadt ist auch nicht vorstellig geworden, da beim Stadtbauamt die finanziellen und auch personellen Ressourcen fehlen, um dieses Projekt angehen zu können. Auch betreffend dem Quartierplan Cheditte hat man nichts mehr gehört. Notwendige Sanierungsmassnahmen betreffend dem Werkverkehr sind ihm nicht bekannt. Die Strasse wird bereits von Bussen benützt und so sollte diese vermutlich auch von Lastwagen benützt werden können.

6. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Häuserreinigung nach Chienbäse

Schon bald wird wieder der traditionelle Chienbäseumzug durchgeführt. Erfahrungsgemäss werden die Häuser entlang der Umzugsroute durch Staub und Russ stark in Mitleidenschaft gezogen. Vorallem in der Gerbergasse, gegen Ende des Zuges, erzeugen die fast abgebrannten Besen beträchtliche Ablagerungen an Fassaden und Fenstern.

Frage: Können die Hausbesitzer für die Reinigung Hilfe oder zumindest eine Hilfestellung der Stadt oder der Veranstalter in Anspruch nehmen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Das Problem der Verschmutzung von Garten und Hausfassade durch Russ ist der Stadt bekannt. In der Gerbergasse besteht es noch verstärkt, weil der auf der Strasse liegende Russ mit jedem Fahrzeug, das diese passiert, noch zusätzlich aufgewirbelt wird. Präventiv werden Pflanzen und Fassaden durch die Betriebe geschützt, sofern dies möglich ist. Zusätzlich wird die Strasse seit einiger Zeit nach dem Umzug mit einem speziellen eingemieteten Fahrzeug geschwemmt. Es ist nicht vorgesehen, dass die Stadt auch für die Reinigung von Häuserfassaden aufkommt, da sich die Kosten für den Chienbäse bzw. die Fasnachtsveranstaltung sonst schon auf jährlich rund 150'000 Franken belaufen.

7. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Eisplatz im Winter

Am Jugendmitwirkungstag im September 2009 wurde unter anderem auch das Projekt Eisplatz im Winter diskutiert.

Frage: Warum wurde in diesem Winter noch kein Eisplatz realisiert, obwohl sich freiwillige Helfer zur Mitarbeit bereit erklärt haben?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Auch die Jugendkommission bedauert es ausserordentlich, dass das Projekt nicht umgesetzt werden konnte. Alle Beteiligten hatten Vorabklärungen getroffen. Soweit bekannt ist, hatte es schlussendlich an den freiwilligen Helferinnen und Helfern gefehlt. Aktuell kann sie keine Detailangaben machen, doch wird das Ganze an der nächsten Jugendkommissionssitzung analysiert sowie das weitere Vorgehen besprochen.

8. Frage / V. Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Gräberauflösung, Mitteilung

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen. Es ist klar, Weihnachten ist nicht für alle Personen gleich fröhlich. Man vermisst seine Angehörigen zu dieser Zeit umso mehr auch wenn die Zeit vergangen ist. Die Mitteilung zur Aufhebung von Gräber wird versandt, dass diese gerade am Heiligabend im Briefkasten vorzufinden ist. Betroffene Personen waren sehr konsterniert und traurig.

Frage: Wieso wird hier nicht darauf geachtet, dass diese Mitteilung zu einem andern Zeitpunkt versandt wird?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Erfahrung der Verantwortlichen der Betriebe ist, dass die Angehörigen in der Zeit zwischen Weihnacht und Neujahr auf den Friedhof gehen. Die Mitteilungen werden deshalb absichtlich im Dezember verschickt. Die Rückmeldungen über die Benachrichtigungen und die Beschriftung auf dem Friedhof sind mehrheitlich positiv. Dass die Schreiben wie letztes Jahr gerade am Weihnachtstag von der Post zugestellt werden, soll nicht zur Regel werden.

9. Frage / V. Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Verkehrsführung Emma Herwegh Platz

Seit einiger Zeit ist der Durchgangsverkehr vom Emma Herwegh Platz am Bahnhof vorbei zur Bahnhofstrasse nicht mehr erlaubt. Parkplätze in der Nähe der Veloständer wurden gestrichen, sie wurden schwarz übermalt. Am Boden ist neu mit roter Farbe ein Kreisel eingezeichnet, welcher die direkte Wegfahrt markiert. Dieser Kreisel ist nachts überhaupt nicht ersichtlich. Die schwarz übermalten Parkplätze werden trotzdem benutzt. Die Reisecars können ihre Kunden nur unter erschwerten Bedingungen ein- und ausladen. Ihr Umschlagplatz ist nicht klar definiert. Die Fussgänger laufen kreuz und quer über den Kreisel. Kurz es herrscht ein Chaos.

Frage: Wie lange dauert dieses Provisorium und was gedenkt die Stadt zu tun, um hier mehr Ordnung schaffen zu können?

SP R. Gysin: Aufgrund des Neubaus des Bürogebäudes „Uno“ der BLKB musste der Individualverkehr vom Emma Herwegh-Platz in Richtung Bahnhof unterbunden werden, damit der öffentliche Verkehr einigermaßen ungehindert zirkulieren kann. Die Massnahmen im hinteren Teil des Bahnhofplatzes wurden zusammen mit den kantonalen Behörden, der Autobus AG und den Verantwortlichen der Stadt Liestal beschlossen. Dass die Massnahmen nicht ganz den gewünschten Effekt erzielten, wurde erkannt und es erfolgen noch diese Woche Nachbesserungen, welche der Stadtrat in seiner Sitzung vom 26.01.2010 beschlossen hat. Damit wird der Kreisel baulich sichtbar gemacht. Weiter wird der ganze hintere Teil des Bahnhofplatzes mit einem Halteverbot belegt. Der Individualverkehr wird auf den Park and Ride-Parkplatz geleitet, damit die Kurzzeitparkplätze angefahren werden. Am bezeichneten Ort war nie und ist auch jetzt kein Umschlagplatz für Reisecars. Wir empfehlen, dass die Cars dafür das Konrad Peter Areal oder die neu geschaffenen Carparkplätze an der Gitterlistrasse benützen.

10. Frage / C. Ruesch (GL) betr. Abholzen Bäume bei Einmündung Frenke in Ergolz

Unmittelbar oberhalb der Einmündung der Frenke in die Ergolz sind etliche Bäume abgeholzt und eine Verbauung erstellt worden.

Frage: Welchem Zweck dient diese Verbauung?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Eingriffe entlang der Frenke und der Ergolz wurden durch das kantonale Wasserbauamt durchgeführt. Verbauungen entlang dem Ufer dienen oftmals dem Hochwasserschutz oder bieten den Fischen notwendigen Lebensraum. Die genauen Gründe der Abholzaktion im vorliegenden Fall sind ihr auch nicht bekannt.

11. Frage / C. Ruesch (GL) betr. Parkfeld neben ehemaligen Big Ben

Neben dem ehemaligen Big Ben ist anstelle der Sperrfläche ein Parkfeld erstellt worden, was zur Verengung und Unübersichtlichkeit für die aus der Mühlegasse abbiegenden Autos und die von der Allee herkommenden Fussgänger führt.

Frage: Wie schätzt der Stadtrat die Sicherheit für Fussgänger an dieser Stelle ein? Sind ihm kritische Verkehrssituationen an dieser Stelle bekannt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: An der Freihofgasse beim ehemaligen Big Ben wurde nicht anstelle der Sperrfläche ein Parkfeld angebracht, sondern die Sperrfläche wurde anlässlich der Umgestaltung der Allee entfernt, was infolge der Einrichtung der Begegnungszone zwingend war. Das Parkfeld wurde im Zusammenhang mit der Aktion Weihnachtszeit/Stedtlizeit als befristeten zusätzlichen Parkraum für den Detailhandel geschaffen. Kritische Verkehrssituationen oder gar Unfälle sind an dieser Stelle keine bekannt. Es ist zu erwähnen, dass aufgrund eines an dieser Stelle parkierten Autos die Sicherheit für den Fussgänger höher ist als wenn nur eine Sperrfläche markiert ist. Weiter wird darauf hingewiesen, dass das Parkfeld in der Begegnungszone liegt, in welcher die Höchstgeschwindigkeit 20 km/h beträgt und der Fussgänger Vortritt hat.

12. Frage / H. Brodbeck (FDP) betr. Kunstsammlung E. Weiss

Die Stadt Liestal wurde vor vielen Jahren mit einer Bildersammlung beschenkt, welche während längerer Zeit in einer Wohnung am Fischmarkt ausgestellt wurde.

Frage: Gehört diese Sammlung tatsächlich der Stadt, und wenn ja, wo befindet sie sich heute?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Sammlung ist nicht im Verzeichnis der Liestaler Kulturgüter aufgenommen und nach heutigem Wissensstand im Departement Kultur auch nicht im Besitz der Stadt Liestal.

13. Frage / H. Brodbeck (FDP) betr. Wanduhr von Heinrich Althaus

Die Stadt erhielt anlässlich ihrer 800 Jahr-Feier im Jahre 1989 eine komplizierte mechanische Wanduhr geschenkt, ein wertvolles handgefertigtes Unikat. Diese Uhr wurde im Rathaus frei zugänglich aufgestellt und ist leider mehrmals beschädigt worden. Ihr Erbauer, Heinrich Althaus, reparierte sie jeweils auf seine Kosten. Bei Umbauarbeiten im Rathaus wurde sie unsachgemäss demontiert und dabei massiv beschädigt, Herr Althaus wollte sie nur noch gegen Bezahlung instandstellen.

Frage: Wurde die Wanduhr inzwischen repariert und wo befindet sie sich heute?

Zusatzfrage: Falls die Uhr nicht repariert wurde; hat der Stadtrat Überlegungen angestellt, was er mit diesem Geschenk machen will?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Es ist so, dass die Uhr nicht mehr repariert wurde. Diese wurde zerlegt, längere Zeit im Estrich gelagert und wieder zur Verwahrung in die Obhut von Herrn Althaus gegeben. Der Stadtrat hat sich keine Überlegungen gemacht, ob man diese Uhr wieder flicken lassen will oder nicht.

14. Frage / H. Brodbeck (FDP) betr. Kebab-Stand in der Rathausstrasse

Wir haben mit Freude festgestellt, dass Herr Ali Bal gegenüber dem Coop das Restaurant „Schweizerhof“ betreibt.

Frage: Darf man davon ausgehen, dass der Kebabstand vor dem Manor an der Rathausstrasse bald der Vergangenheit angehört?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Das Beschwerdeverfahren gegen die befristete Verfügung ist beim Regierungsrat noch hängig. Wegen der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde kann die Verfügung momentan nicht umgesetzt werden. Die Stadt rechnet mit einem Entscheid im Verlauf der nächsten drei Monate.

Zusatzfrage H. Brodbeck: Ist es denkbar, dass Herr Ali Bal nun Wirt ist und zeitgleich auch den Kebab-Stand weiterhin betreibt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Zusatzfrage kann von ihr nicht abschliessend beantwortet werden.

15. Frage / M. Zimmermann (SP) betr. Lärmschutzwände SBB an Poststrasse

Die neuen Lärmschutzwände an der Poststrasse haben in mindestens zwei dahinterliegenden Liegenschaften die Erschütterungen durch in Liestal nicht anhaltende Züge verstärkt.

Frage: Ist der Stadtrat informiert und was kann dieser dagegen unternehmen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Der Stadtrat ist informiert. Die Behandlung der Reklamationen erfolgt durch die SBB, welche für die Lärmschutzwände und deren Auswirkungen verantwortlich sind.

16. Frage / M. Zimmermann (SP) betr. Dialog Stadtrat – KMU Liestal

Frage: Was hat der Stadtrat unternommen, um mit KMU Liestal wieder in einen konstruktiven Dialog zu kommen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Es finden regelmässig Gespräche mit den KMU-Vorstandsmitgliedern statt, welche sie persönlich positiv findet. Vor etwa zehn Tagen hatte sie zusammen mit KMU-Präsident Andreas Zbinden entschieden, dass sie sich bei einem Zeitfenster auch informell regelmässig austauschen.

17. Frage / H.P. Meyer (SVP) betr. Verkehrsführung Poststrasse

Gemäss Aussagen von diversen Stellen können in der neu erstellten Poststrasse die Busse im Gegenverkehr gar nicht oder nur mit grösseren Schwierigkeiten kreuzen, weil die Strasse nicht wie in der Stadtratsvorlage versprochen durchgehend 6 m breit erstellt wurde.

Frage: Stimmt das, und wenn ja, wie gedenkt der Stadtrat, das Verkehrskonzept 2010-2017 trotzdem umzusetzen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Poststrasse liegt in der Begegnungszone. Die Abteilung öffentlicher Verkehr des Kantons hatte im November 2005 die Stadt darauf aufmerksam gemacht, dass die Poststrasse mindestens 6 Meter breit sein muss, damit die die Busse auch kreuzen können. Dies ist auch protokollarisch festgehalten. Die Poststrasse misst an der schmalsten Stelle nun 6,3 Meter. Mit der Autobus AG wurden Fahrversuche gemacht, dies auch in Anwesenheit von Einwohnerrat und Fotograf Martin Spiess. Von der Autobus AG wurde bestätigt, dass ein Kreuzen der Busse bis zu Tempo 30 kein Problem ist. Der Kanton ist daraufhin zu einem Gespräch eingeladen worden, doch ist die Terminbestätigung noch ausstehend. Nach Fertigstellung des Wasserturmplatzes im Herbst 2010 wird die Poststrasse im Gegenverkehr befahren.

18. Frage / M. Kaufmann (GL) betr. Eisplatz; Projekt Jugend mit Wirkung

Einwohnerrätin Meret Kaufmann stellt fest, dass sie auf die Beantwortung der von ihr eingereichten Frage verzichtet, da zum gleichen Thema bereits eine Frage von Peter Furrer beantwortet wurde.

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Adrian Mächler

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann